attac

Memorandum

Wege zu einer Alternativen Weltwirtschaftsordnung

(AWWO)

Positionen in Attac Deutschland

Dritter Entwurf, September 2004

Hg. von der AG Alternative Weltwirtschaftsordnung (AWWO)

Linker grauer Balken für Kontroversen:
In diesem Text stehen Konsens-Abschnitte und Kontroversen. Zur besseren Kenntlichkeit sind die Kontroversen im Text jeweils mit einem grauen Balken auf der linken Seite gekennzeichnet.

Vorwort

Liebe LeserInnen,

vor Euch liegt der dritte Entwurf des Memorandums „Wege zu einer Alternativen Weltwirtschaftsordnung – Positionen in Attac Deutschland", bekannt geworden als „AWWO-Papier". Dieser Entwurf ist das Ergebnis eines 21-monatigen Diskussions- und Arbeitsprozesses, der mit dem Beschluss des Attac-Ratschlags in Göttingen im Januar 2003 gestartet wurde, ein Attac-Positionspapier „Für eine ökologische und solidarische Weltwirtschaftsordnung" zu erarbeiten. An dem Diskussionsprozess haben sich seither mehrere Hundert Attac-AktivistInnen beteiligt: auf der Tagung des Wissenschaftlichen Beirats von Attac gemeinsam mit der AG AWWO zum ersten Entwurf des Papiers im Juni 2003, deren Fachbeiträge in einem Buch „Alternative Weltwirtschaftsordnung" (Biesecker et al., VSA, Berlin 2004) der Öffentlichkeit vorgestellt wurden; als TeilnehmerInnen der AWWO-Workshops auf der Sommerakademie in Münster 2003, des McPlanet.com-Kongresses in Berlin 2003, der Attac-Ratschläge in Göttingen, Aachen und Essen, als TeilnehmerInnen der AWWO-Regionalkonferenzen in Tübingen, Hannover, Dresden (während der Sommerakademie 2004) oder Schwerte bei Dortmund (als Konferenz „Mythos Wirtschaftswachstum?"), als TeilnehmerInnen eines der sechs bundesweiten AWWO-Treffen oder von zahlreichen lokalen Arbeitsgruppen, die an dem Thema AWWO gearbeitet haben; oder einfach über die Website, die Email-Liste oder das open-theory-Webforum (alles über http://www.attac.de/awwo/ erreichbar).

Naomi Klein hat darauf hingewiesen, dass der Kapitalismus selbst wieder in Frage gestellt wird – endlich, nachdem zehn Jahre lang das „Ende der Geschichte" verkündet worden war. Attac vereint reformorientierte Globalisierungskritiker, radikale Globalisierungsgegner und Antikapitalisten im Kampf für eine andere Welt.

Eine Welt,

- die dem Leitbild der ökologischen, wirtschaftlichen und sozialen Nachhaltigkeit folgt;
- Vielfalt und Kooperation fördert;
- den Menschenrechten und dem Prinzip Arbeit in Würde in Nord und Süd gleichermaßen verpflichtet ist;
- Chancengleichheit und Geschlechtergerechtigkeit verwirklicht;
- das Vorsorgeprinzip durchsetzt und
- in allen Entscheidungen Demokratie walten lässt.

Über die Ziele, die Wege dorthin und die einzusetzenden Instrumente wird bei Attac engagiert und kompetent diskutiert – Ausdruck gelebter Vielfalt und Wurzel der Stärke der Bewegung. Diese kontroversen Diskussionen sind im Papier herausgearbeitet:

- Treten wir für eine öko-soziale Marktwirtschaft oder – antikapitalistisch – für eine ökologische Wirtschaftsdemokratie oder für eine Überwindung des Marktes zugunsten von Demokratisierung der Ökonomie ein?
- Treten wir für eine Zukunft des Wachstums oder für den Abschied vom Wirtschaftswachstum ein?
- Ist unsere Strategie „Globalisierung gerechter gestalten" oder „Entglobalisierung" oder „Lokalisierung"?
- Halten wir die neoliberale Globalisierung für kritikwürdig oder sind wir Gegner der Globalisierung?
- Sehen wir den Zins als entscheidende Triebkraft (Freigeldtheorie) oder als lediglich als ein Moment der Kapitalverwertungsinteressen (Antikapitalismus) an?

- Wollen wir Währungskoordination durch internationale Mechanismen, durch nationale Regulierungen oder durch lokalisierte Währungsgebiete bzw. Geldkreisläufe herstellen?
- Sehen wir die EU in einer aggressiven Expansion nach innen und außen oder kritisch-optimistisch als Stoßdämpfer?

Zur besseren Kenntlichkeit sind all diese Kontroversen im Text jeweils mit einem grauen Balken auf der linken Seite gekennzeichnet.

Dieses Memorandum (dritter Entwurf) stellt den derzeitigen Diskussionsstand bei Attac Deutschland dar, es gibt alten und vor allem neuen Mitgliedern Orientierung und trägt zur argumentativen Schärfung nach innen und nach außen bei. So unterstützt es unser Ziel, eine andere Welt auf diesem Planeten und in unserer Zeit Wirklichkeit werden zu lassen. Im Sinne jenes Wortes der Zapatistas:

Fragend schreiten wir voran.

Eure AWWO-Redaktionsgruppe

Markus Göker (Tübingen)

Michael Kox (Kiel)

Till Mossakowski (Bremen, Oekonux-AG)

Eberhard Schlecht (Pforzheim)

Oliver Schmidt (Mainz, Attac-AG Welthandel und WTO)

Eckhard Stratmann-Mertens (Bochum, Attac-AG Welthandel und WTO)

Inhaltsverzeichnis

EINLEITUNG **7**

I. DIE HERRSCHENDE WELTWIRTSCHAFTSORDNUNG FÜHRT DIE MENSCHHEIT IN DIE SACKGASSE **9**

1. Was bedeutet „Globalisierung"? – Begriffsklärungen **9**

2. Folgen der neoliberalen bzw. kapitalistischen Globalisierung **9**

3. Triebkräfte der Globalisierung **10**
3.1 Freihandelsdoktrin 10
3.2 Wachstumsdoktrin 11
3.3 Neue technologische Möglichkeiten und Bedingungen 11
3.4 Transnationale Konzerne (TNK) 11
3.5 Das Welthandelssystem 12
3.6 Die EU: Motor der Globalisierung 12
3.7 Globale Finanzströme und ihre Institutionen (IWF und Weltbank) 14
3.8 Globale Machtasymmetrien schaffen Gewaltpotenziale 16

II. EINE ALTERNATIVE WELTWIRTSCHAFTSORDNUNG IST MÖGLICH **18**

1. Leitbilder und Leitideen **18**
1.1 Leitbild: Nachhaltige Entwicklung 18
1.2 Leitideen für zukunftsfähige Gesellschaften 20

2. Strategien: Wie umgehen mit der Globalisierung? **22**
- *Position* Globalisierung gerechter gestalten 23
- *Position* Entglobalisierung 23
- *Position* Lokalisierung 24

3. Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung **25**
- *Position* Öko-soziale Marktwirtschaft 25
- *Position* Ökologische Wirtschaftsdemokratie (...) 25
- *Position* Demokratisches Wirtschaften (...) 26

III. WEGE ZU EINER ALTERNATIVEN WELTWIRTSCHAFTSORDNUNG **28**

1. Weltwirtschaftsordnung im ökologischen Gleichgewicht **28**
1.1 Der ökologische Umbau 28

2. Beschränkung der Macht transnationaler Konzerne **29**

3. Neuordnung des Welthandels **31**
3.1 Mechanismen der Welthandelsordnung 31
3.2 Neuordnung des Warenhandels 32
3.3 Neuordnung des internationalen Dienstleistungsverkehrs 33
3.4 Weltagrarmarkt 34
3.5 Geistiges Eigentum und Technologietransfer 35

4. Für eine andere EU und faire Handelsverträge **36**
4.1 Regionale Handelsblöcke und bilaterale Verträge 36
4.2 Eine andere EU –sozial, ökologisch und antimilitaristisch 36

5. Neuordnung der Währungs- und Finanzbeziehungen **38**
5.1 Finanzbeziehungen 38
5.2 Währungsbeziehungen 40
5.3 Internationale Organisationen und Institutionen 41
5.4 Steuerpolitik 42

6. Strategien und Bündnisse auf dem Wege zu einer Alternativen Weltwirtschaftsordnung **43**

ANMERKUNGEN **45**

Einleitung

Motivation

„Eine andere Welt ist möglich". Weltweit eint dieser Slogan Globalisierungskritiker und -gegner in ihrem Widerstand gegen die neoliberale Globalisierung. Wir sind nicht länger bereit, die Globalisierung wie einen Sachzwang oder gar als naturhaft-unausweichlich hinzunehmen. Indem wir die Möglichkeit von Alternativen propagieren, untergraben wir auch die Legitimation derjenigen, welche die konzerngesteuerte Globalisierung vorantreiben und von ihr profitieren. Die Zunahme von Armut in weiten Teilen der Erde, die immer größer werdende Kluft innerhalb der reichen Industriestaaten und zwischen ihnen und den armen Gesellschaften des Südens, die Ausbreitung von globalen Umweltproblemen sowie die Konzentration von ökonomischer und politischer Macht in Händen von transnationalen Konzernen zwingen uns, die treibenden Kräfte und Interessen hinter diesen Entwicklungen beim Namen zu nennen, aber gleichzeitig auch nach Auswegen zu suchen.

Alternativen

„Wir setzen uns ein für eine ökologische und solidarische Weltwirtschaftsordnung" (Attac-Erklärung, Frankfurt 2002). Diese Zielmarke reicht auf Dauer genauso wenig aus wie der pure Appell, eine andere Welt sei möglich. Zunehmend wird sowohl in der globalisierungskritischen Bewegung selbst als auch in der hellhörig gewordenen Öffentlichkeit konkret nach unseren Alternativen gefragt. Diese Fragen wollen wir mit der vorliegenden Positionsbestimmung von Attac aufgreifen.

Das Memorandum beschreibt „Wege zu einer alternativen Weltwirtschaftsordnung". Es gibt nicht den einen Königsweg, sondern zur Vielfalt der globalisierungskritischen Bewegung und von Attac selbst gehört auch eine Vielfalt von politischen und strategischen Wegen und Ansätzen. Das Papier bringt diese Vielfalt zum Ausdruck und soll zugleich einen breiten gesellschaftlichen Diskurs über diese Wege anstoßen. Damit ist dieses Papier zugleich eine Station des Diskussionsprozesses, in dessen Verlauf sich diese Positionsbestimmung weiter differenzieren und verändern wird.

Konsense und Dissense

Die Absicht des Memorandums ist es, das zum Ausdruck zu bringen, was allen Gruppierungen und Aktiven bei Attac gemeinsam, was Konsens ist. Damit kann dieser Konsens auch in der Gesellschaft breiter diskutiert und verankert werden. Genauso werden in dem Papier aber auch verbleibende Unterschiede und Differenzen bei Attac hinsichtlich der Zielbestimmung und der Wege zum Ziel deutlich gemacht. Darin sehen wir nicht eine Schwächung unseres Netzwerkes und der Bewegung. Im Gegenteil: Je klarer Differenzen deutlich gemacht werden, umso lebhafter und fundierter kann der Diskurs darüber geführt werden. Die Lebendigkeit der politischen Auseinandersetzung bringt uns voran und bietet Orientierung für alle diejenigen, die Unbehagen an den Auswirkungen der Globalisierung empfinden.

Das Spannungsverhältnis zwischen reformorientierten Globalisierungskritikern, radikalen Globalisierungsgegnern und Antikapitalisten kann sich als förderlich für eine gemeinsame Wegstrecke zu einer alternativen Weltwirtschaftsordnung erweisen: Denn ohne langfristige Utopien laufen kurz- bis mittelfristig ansetzende Reformvorschläge Gefahr, von den herrschenden Kräften vereinnahmt zu werden; und ohne die Fähigkeit, konkrete und praktisch wirksame Reformen vorzuschlagen, verlieren radikale Utopien ihren Realitätsbezug.

Zwischenergebnis

Attac ist ein Netzwerk innerhalb der globalisierungskritischen Bewegung; dieses Memorandum ist gerade aufgrund seiner Offenheit und Vielfältigkeit kein statisches Programm, vielmehr ein Zwischenergebnis. Es nimmt die Alternativansätze aus den unterschiedlichen Bewegungs- und Gruppenzusammenhängen auf. Ohne sich in detaillierten Einzelforderungen zu verlieren, will es Eckpunkte einer ökolo-

gischen, solidarischen und demokratischen Weltwirtschaftsordnung deutlich machen und damit öffentlich zur Diskussion stellen.

Schwerpunktsetzung

Die Auseinandersetzung um Alternativen zum Neoliberalismus oder zur Marktwirtschaft, um private und öffentliche Interessen, um die Verwirklichungschancen reicher und armer Menschen ist selbstverständlich nicht auf die Gestalt der inter- und supranationalen Ordnung beschränkt. Sie findet genauso auf nationaler Ebene statt, in Deutschland z.B. in der politischen Auseinandersetzung um die Agenda 2010. Gestaltung und Finanzierung von Gesundheitsversorgung, Alterssicherung, Arbeitsbeziehungen, Bildung, …: Eine Bewegung, deren Gründungsepos eine steuerpolitische Forderung ist, setzt sich selbstverständlich mit diesen Fragestellungen auseinander. So zeigen auch wir an verschiedenen Stellen Anknüpfungspunkte zu Fragestellungen der genannten Art auf. Diese gebieten jedoch eine eigenständige, intensive Auseinandersetzung mit diversen Sachfragen. Wir maßen uns nicht an, sie alle innerhalb eines 36-seitigen Papiers beantworten zu können und wollen es auch nicht. Dafür sind andere bei Attac kompetent, wie z.B. die Anti-Privatisierungskampagne oder die jüngeren Vorschläge zur Einfachsteuer zeigen. Wir konzentrieren uns auf die Gestalt der internationalen und globalen Beziehungen und ihre Ordnung sowie auf die Strategien, diese Gestalt im Sinne unserer gemeinsamen Grundsätze zu verändern.

Gliederung

Gegliedert ist das vorliegende Memorandum in die drei Hauptabschnitte „I. Die herrschende Weltwirtschaftsordnung führt die Menschheit in die Sackgasse“, „II. Eine alternative Weltwirtschaftsordnung ist möglich “und „III. Wege zu einer alternativen Weltwirtschaftsordnung “; diese Gliederung entspricht den drei Stufen einer Entscheidungsfindung: Diagnose („Was ist die Situation? “), Utopie („Welche Ziele haben wir? “) und Planung („Wie erreichen wir angesichts der momentanen Situation diese Ziele? “). Parallele Kontroversen ziehen sich durch alle drei Kapitel: Eine andere Auffassung von den Ursachen der gegenwärtigen Krise (Kapitel I) wird i.d.R. einer anderen Utopie entsprechen (Kapitel II) und dementsprechend oft andere politische Vorschläge und Praktiken (Kapitel III) nach sich ziehen –auch hier schlägt sich die Vielfalt der Ansätze bei Attac nieder.

I. Die herrschende Weltwirtschaftsordnung führt die Menschheit in die Sackgasse

1. Was bedeutet „Globalisierung"? – Begriffsklärungen

Ökonomische Prozesse

Der Prozess der Globalisierung ist nicht neu, er ist mindestens so alt wie die Entstehung von Welthandel und Weltmarkt. Neu am derzeit stattfindenden Prozess der Globalisierung – die seit Anfang der 1990er Jahre so genannt wird – ist die Entfesselung globaler Finanz- und Kapitalströme. Während sich von 1985 bis 1997 das weltweite Bruttoinlandsprodukt (BIP) lediglich verdoppelte, wurden die weltweiten Exporte verdreifacht, die (außenhandelsbezogenen) Finanzströme verfünffacht und die Kapitalströme (Direktinvestitionen) versiebenfacht. Seit etwa Mitte der neunziger Jahre haben auch Unternehmenszusammenschlüsse und Firmenübernahmen an Häufigkeit und Transaktionsvolumen drastisch zugenommen. Die Transnationalen Konzerne wickeln einen zunehmend großen Teil des Welthandels konzernintern ab. Wesentlich für diesen Prozess der Globalisierung ist die Tendenz, Selbstversorgungswirtschaften und regionale Wirtschaftsformen zu zerstören, um globale Märkte und abhängige Konsumenten zu schaffen.[1]

Wider die neoliberale Globalisierung

> Position Kritik der Globalisierung: Die Globalisierung hat dabei durchaus positive Aspekte: nach der feudalen Kleinstaaterei werden nun auch die Nationalstaaten (deren Geschichte mit Blut geschrieben wurde) mehr und mehr überwunden, die ökonomische Vernetzung führt – neben ökonomischen Vorteilen – zur Überwindung kultureller Schranken. Die Kritik richtet sich gegen die neoliberale Globalisierung, d.h. die weltweite Dominanz der Ökonomie und die Zurückdrängung politischer Einflussmöglichkeiten. Diese Kritik ist selbst global geworden, sichtbar z.B. auf den Weltsozialforen: eine Globalisierung des Protestes, des Widerstands, der Hoffnung („Globalisierung von unten").

Internationalismus statt Globalisierung

> Position Gegen Globalisierung: Das Charakteristische an der sogenannten Globalisierung ist, dass nationale, regionale und lokale Einheiten und Besonderheiten unterworfen werden unter die Verwertungsinteressen global agierender transnationaler Kapitalgruppen und der ihnen hörigen globalen Wirtschafts- und Finanzinstitutionen sowie nationaler Regierungen (bis hin zur EU). Diese Unterwerfung und Gleichschaltung vollzieht sich keineswegs nur auf den Finanz- und Gütermärkten, sondern auch im gelebten Alltag von Frauen und Männern in Betrieben, auf den Feldern, in Haushalten und in sozialen Beziehungen. Dabei ist es zweitrangig, um welche Variante der globalen kapitalistischen Entwicklung es sich handelt: um das Projekt des Neoliberalismus mit seiner universellen Durchsetzung der Freihandelsdoktrin oder um die neo-keynesianische Re-Regulierung des expandierenden kapitalistischen Weltmarktes. – Internationalismus ist im Unterschied zur Globalisierung die gleichberechtigte Form grenzüberschreitender Zusammenarbeit und Vernetzung auf ökonomischer, politischer und kultureller Ebene.[2]

2. Folgen der neoliberalen bzw. kapitalistischen Globalisierung

Ungleichheit

- Die soziale und materielle Kluft zwischen Nord und Süd wird tiefer. Während die Reichen immer reicher werden, wächst die Armut insbesondere in der Dritten Welt, aber auch in den reichen Ländern. Das durchschnittliche Einkommen

des reichsten Fünftels der Weltbevölkerung entwickelte sich im Verhältnis zu dem des ärmsten Fünftels (v.a. in Afrika südlich der Sahara und Südasien) von 30:1 im Jahre 1960 auf 60:1 1990 und auf 74:1 1997. 2,7 Mrd. Menschen lebten 2001 von weniger als zwei US-Dollar täglich.[3]

- Die ungleiche Verteilung des Reichtums wird ermöglicht durch eine ebenso ungleich verteilte Ressourcen- und Umweltnutzung. Derzeit werden rund 80% der weltweiten Ressourcen für den Wohlstand von 20% der Menschheit in Bewegung gesetzt. Die Umweltschäden sammeln sich in den unteren Produktionsstufen bei den armen Ländern, die Wohlstandsökonomien genießen das Endprodukt.[4] Umweltzerstörung
- Steigender internationaler Handel bedeutet beschleunigte Stoffströme sowie Steigerung von Verkehr, Energieverbrauch, Schadstoff- und Treibhausgasemissionen. Die Ergebnisse für zukünftige Generationen sind der Treibhauseffekt, Klimakatastrophen und Ressourcenerschöpfung.
- Hegemoniale Interessen und die Sicherung neuer Rohstoffquellen führen zunehmend zu kriegerischen Interventionen reicher Industriemächte. Sie begünstigen damit politische Destabilisierung und die Aushöhlung demokratischer Rechte. Dies ist ein Grund für Gewalt, Krieg und Terror. Krieg
- Durch Finanz- und Wirtschaftskrisen –u.a. hervorgerufen aufgrund deregulierter globaler Finanzmärkte –werden über Nacht ganze Volkswirtschaften ruiniert und verlieren Hunderttausende ihren Arbeitsplatz. Die Armut ist in die Industrieländer zurückgekehrt. Armut und Globalisierung erhöhen sexistische und strukturelle Gewalt gegen Frauen und steigern den transnationalen Handel mit Frauen und Kindern. Die Deregulierung der Arbeitsmärkte und der Sozialabbau werden wesentlich mit Hilfe unter- und unbezahlter, flexibler Frauenarbeit vollzogen.[5]

3. Triebkräfte der Globalisierung

3.1 Freihandelsdoktrin

„Freihandel“ meint unbeschränkten Waren- und Dienstleistungsaustausch zwischen Nationalstaaten oder größeren oder kleineren Regionen. Das Gegenteil von Freihandel bedeutet dementsprechend nicht die Abwesenheit von Handel zwischen solchen Einheiten, sondern dessen Regulierung durch Ein- oder Ausfuhrbeschränkungen. Die Freihandelstheorie, ursprünglich von Ricardo mit dem Theorem der komparativen Kostenvorteile begründet, geht davon aus, dass Freihandel in jedem Fall für alle beteiligten Regionen bzw. Nationen von Vorteil sei und selbst zwischenzeitliche Ungleichheiten durch den vom Freihandel hervorgerufenen Produktionszuwachs bei weitem aufgewogen würden. So hätten sich Nationen, die sich für den Freihandel geöffnet hatten, ökonomisch deutlich vorteilhafter entwickelt. Heute bezieht sich diese Doktrin (die von IWF, Weltbank und WTO durchgehend vertreten wird) neben Waren und Dienstleistungen auf alle Produktionsfaktoren (Ströme von Arbeit, Kapital, Eigentumsrechten an Boden, Wissen). Eine wichtige Kontroverse entspinnt sich aber schon beim Warenhandel: Komparative Kostenvorteile

> Position Globalisierung gerechter gestalten: Freihandel ist als eine Form friedlichen, gleichberechtigten Austausches zwischen Völkern und Regionen wünschenswert; Freihandel als eine Form konzerngesteuerter Wirtschaft, frei von staatlicher und gesellschaftlicher Kontrolle sowie frei von Verantwortung für die Natur und die kommenden Generationen ist dagegen abzulehnen. Märkte brau- Kicking away the ladder

chen national wie international einen demokratisch fundierten Rahmen, der lenkt und erhält. Nur Volkswirtschaften, deren Regelsystem diese Funktionen ausfüllen kann, können erfolgreich Marktwirtschaften ausbilden und am internationalen Handel teilnehmen. Noch nicht hinreichend entwickelte Volkswirtschaften müssen zunächst mit Hilfe protektionistischer Maßnahmen ihre Position stärken. Die Verfechter der Freihandeldoktrin verwechseln dagegen Ursache und Wirkung.[6]

Race to the bottom

Position Entglobalisierung: Handelsregulierung muss die Regel sein, von der Freihandel nur die begründete Ausnahme sein kann. Freihandel widerspricht unter anderem dem Ziel einer Internalisierung von sozialen und ökologischen Kosten und führt zu einem globalen Standardsenkungswettbewerb („race to the bottom"). Selbst wenn dem durch internationale Vereinbarungen entgegengewirkt werden könnte, widerspricht Freihandel immer noch den Vorteilen, die eine starke Regionalisierung der Wirtschaft für Demokratie und Ökologie hat und zwingt zu einer Spezialisierung, die unabhängige Produzenten zu abhängigen Konsumenten macht.[7]

3.2 Wachstumsdoktrin

Unumstritten ist, dass die Wachstumsdoktrin, z.B. in Verbindung mit der Freihandeldoktrin (vgl. I.3.1), ein wesentlicher Bestandteil der Globalisierungsideologie ist. National wie global ist Wirtschaftswachstum, gemessen an den Indikatoren Bruttoinlandsprodukt (BIP) oder Bruttosozialprodukt (BSP) das zentrale Ziel aller wirtschaftspolitischen Anstrengungen. Armut ist in der Sichtweise von IWF, Weltbank und WTO das Resultat eines zu geringen Wirtschaftswachstums. Strittig ist in Attac allerdings die Haltung zu Wirtschaftswachstum als solchem; für diese Kontroverse verweisen wir auf Abschnitt II.1.1.

3.3 Neue technologische Möglichkeiten und Bedingungen

Entgrenzung

Die ökonomische Globalisierung ist untrennbar verbunden mit der Entwicklung von Technologien, welche es erst ermöglichen, weltweit natürliche Ressourcen, Gesellschaften und Individuen für das westliche Entwicklungsmodell nutzbar zu machen. Diese entgrenzenden Technologien wie Satelliten, Glasfasernetze und Computertechnik tragen zur Ausbreitung von Informationen, Lebensstilen, Produkten, Rechtsnormen und Infrastruktur bei. Begleitet wird diese geographische Entgrenzung von einer zeitlichen Beschleunigung bislang ungekannten Ausmaßes. Moderne Kommunikationstechnologien ermöglichen persönliche Kontakte und Geschäfte auch mit abgelegensten Personen und Regionen.

Komplexe Technologien ziehen neue Grenzen durch die Gesellschaften. Sie erfordern lange, teure Ausbildungszeiten. Durch die Spezialisierung im Arbeitsprozess wird der Einzelne immer abhängiger von seiner ausgeübten Tätigkeit. Er empfindet sich dabei immer mehr als ein Rädchen im Getriebe, das sich zunehmend glücklich schätzt, wenn es am Produktionsprozess überhaupt noch Teil haben darf.

3.4 Transnationale Konzerne (TNK)

Monopol und Macht

Als Triebkraft und Folge der neoliberalen Globalisierung nutzen Unternehmen immer stärker ihre Möglichkeiten zu fusionieren, zu Global Players zu werden und ihre Marktmacht auszuweiten. Inzwischen nutzen transnationale Konzerne geschickt alle Lücken in Gesetzen und Unterschiede zwischen Regionen, um die Profite zu maximieren. Sie sind in der Lage, ihre Gewinne über Tochtergesellschaften an

fast jeden Ort der Welt zu verlagern, um ihre Besteuerung zu minimieren. Sie erhalten mit dem Arbeitsplatzargument hohe Subventionen und tragen damit in vielen Fällen zur explosiven Staatsverschuldung bei.

Die regionalen, nationalen und internationalen Gesetzgebungsorgane sind gegenüber den TNK nicht mehr in der Lage, berechtigte Interessen durchzusetzen. Zusätzlich erhalten die TNK über Lobbyarbeit ihren Einfluss auf Gesetzgebung und Handlungsweisen der Politik und erwirken z.B. Sozialabbau in Industriestaaten. Durch die TNK wird weltweit der Graben zwischen Verlierern und Gewinnern immer tiefer; zudem verschärfen sie Klimakatastrophen und andere ökologischen Probleme. Die TNK errichten zunehmend ein globales Herrschaftssystem.

3.5 Das Welthandelssystem

Verpflichtung zum Freihandel

Die Welthandelsorganisation (WTO) ging 1995 aus dem GATT (General Agreement on Tariffs and Trade) von 1947 hervor, dessen Unterzeichner sich auf freihändlerische Prinzipien verpflichteten. Der Geltungsbereich dieser Prinzipien wurde ausgeweitet und zugleich wurden deutliche Senkungen der Durchschnittszölle erreicht. Durch die 1994 abgeschlossene Uruguay-Runde des GATT verteilt sich der Zuwachs des Welthandels infolge der beschlossenen Handelsliberalisierung zu gut zwei Dritteln auf die OECD-Wirtschaften und zu knapp einem Drittel auf den Rest der Welt. Die WTO-Prinzipien unterminieren stringente Standards für die einheimische Wirtschaft und stehen im Widerspruch zu einigen multilateralen Umweltabkommen. Aufgrund schwerer Mängel hat diese WTO keine Legitimation als multilaterales Forum. [8]

Viele arme Länder können ihre Interessen nicht in die Verhandlungsprozesse der WTO einbringen, obwohl formal das Prinzip „one country – one vote" gilt. Gleichzeitig sind die Kosten der administrativen Umsetzung von WTO-Abkommen enorm. Die Rechtsprechung hingegen geschieht durch das WTO-Streitschlichtungsverfahren, das von Handelsjuristen ausgeübt wird.

Der Agrarsektor wurde mit dem Agreement on Agriculture (AoA) erst 1995 in die multilaterale Welthandelsordnung einbezogen. Diese Einbeziehung ist sehr dürftig, da Agrarlobbys und Regierungen der Industrieländer bisher keine substantiellen Angebote gemacht haben, die den Interessen der sogenannten Entwicklungsländer entgegen kommen. Exportsubventionen machen Überschüsse so billig, dass sie auf ausländischen Märkten verkauft werden können. Die OECD-Landwirte erhielten 2001 rund 230 Milliarden US-Dollar an Subventionen, das waren rund 35% (21%) der Einkommen der EU (US-)-Landwirte.

Geistiges Eigentum

Das Abkommen TRIPS (Trade-Related Intellectual Property Rights) soll geistiges Eigentum international schützen, vor allem indem weltweite Patentrechte geschaffen und durchgesetzt werden. Für TNK sind geistige Eigentumsrechte eine wichtige Einrichtung zum Ausbau und zur Festigung ihrer marktbeherrschenden Stellung. Das TRIPS-Abkommen ermöglicht die privatwirtschaftliche Ausbeutung genetischen Materials (Patente auf Leben) und bringt dadurch die Landwirtschaft in den sogenannten Entwicklungsländern zunehmend unter die Kontrolle der Pharma-Unternehmen. Dies führt zu einem radikalen Verlust an agrarischer Biodiversität.

3.6 Die EU: Motor der Globalisierung

Aggressive Handelsblöcke

Regionale Wirtschaftsblöcke wie die EU und bilaterale Abkommen mächtiger Volkswirtschaften mit schwächeren spielen für die neoliberale bzw. kapitalistische Globalisierung eine mindestens ebenso wichtige Rolle wie internationale Organisa-

tionen. Die EU zeigt sich nach außen –ob in der WTO oder in bilateralen Handelsgesprächen (z.B. mit den AKP-Staaten) –neben den USA als treibende Kraft bei der Handelsliberalisierung. Innerhalb Europas hat sie die Ideologie des Freihandels und der Liberalisierung der Kapitalströme weit schneller und entschlossener umgesetzt als die internationalen Handels- und Finanzinstitutionen auf globaler Ebene. Damit wurde in den EU-Mitgliedstaaten in weiten Teilen das vorgelebt, was heute weltweit durchgesetzt werden soll. Die Aufrüstung der EU –wie sie auch im EU-Verfassungsentwurf geboten ist –sowie der Aufbau einer EU-Interventionsarmee dienen auch der militärischen Absicherung der ökonomischen Expansion der EU.[9]

EU-Binnenmarkt

Während der Verwirklichung des EU-Binnenmarktprojektes stieg die Erwerbslosigkeit nahezu ununterbrochen. Die Durchsetzung des neoliberalen Wirtschafts- und Wachstumsmodells hat zu einem massiven Anstieg des Verbrauchs natürlicher Ressourcen und der Umweltzerstörung geführt, was die EU-Umweltpolitik trotz einzelner Erfolge nicht verhindern konnte. Die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion (EWWU) und die Einführung des Euro Anfang 2003 sind ein wesentlicher Schritt zur Vollendung des Europäischen Binnenmarktes. Eine gemeinsame europäische Währung kann dazu beitragen, auch über Europa hinaus schädliche Wechselkursschwankungen sowie ihre spekulative Ausnutzung zu verhindern und die Koordinierung der Währungspolitik zu erleichtern. Mit den Grundpfeilern der EWWU wurden allerdings die Weichen in eine Richtung gestellt, die im Hinblick auf ein demokratisches und solidarisches Europa höchst fragwürdig sind.

Rolle der EZB

Die Geldpolitik der unabhängigen Europäischen Zentralbank (EZB) ist vor allem dem Ziel der Inflationsbekämpfung verpflichtet. Während sich Kapitalanleger dadurch auf hohe Renditen ohne große Inflationsrisiken verlassen können, werden arbeitsmarktpolitische und konjunkturelle Auswirkungen der Geldpolitik vernachlässigt. Der europäische Stabilitäts- und Wachstumspakt bindet die Ausgabenpolitik der Regierungen an diese EZB-Ausrichtung –er schreibt die Verringerung der Staatsverschuldung verbindlich vor und verhindert nicht nur eine konjunkturfördernde Wirtschaftspolitik in Zeiten der Krise, sondern hat auch in zahlreichen Ländern zur Kürzung sozialer Leistungen geführt.

Position Zukunft des Wachstums: Die einseitige Ausrichtung der EZB auf die Inflationsbekämpfung verhindert, dass die Geldpolitik das Wirtschaftswachstum ankurbelt. Ebenso vernachlässigt der Stabilitätspakt den Aspekt des Wachstums, weil er nicht auf die Konjunkturphasen reagiert. Das Beispiel der US-Geldpolitik ebenso wie der US-Ausgabenpolitik zeigt, dass es anders möglich ist.

Position Abschied vom Wachstum: Zielsetzung einer „Ökonomie im stationären Zustand“ ist es, dass alle Politikbereiche, also auch die Geldpolitik, die Finanz- und die Konjunkturpolitik, das makroökonomische Ziel des BIP-Wachstums aufgeben (die Wachstumskontroverse ist ausführlich in Abschnitt II.1.1 dargestellt).

Agrarpolitik

Über die Hälfte des Finanzhaushalts der Europäischen Union wird für die gemeinsame Agrarpolitik (GAP) ausgegeben. Noch immer steht dabei die Steigerung der Produktionsmengen im Vordergrund. Das führt unter anderem dazu, dass hoch subventionierte landwirtschaftliche Erzeugnisse aus der EU an der Zerstörung regionaler Märkte in sogenannten Entwicklungsländern beteiligt sind, Böden und Grundwasser verseucht werden und Methanemissionen nicht unerheblich zur Erwärmung der Erdatmosphäre beitragen.

Position Gegen aggressive EU-Expansion nach außen und innen: Im Jahr 2000 verabschiedeten die EU-Regierungschefs in Lissabon eine aggressive Expansionsstrategie: Innerhalb von zehn Jahren soll die EU zum wettbewerbsfähigsten

und dynamischsten Wirtschaftsraum der Welt werden. Die damit einhergehende forcierte Fortsetzung der Liberalisierungs- und Deregulierungslogik wird –wie schon bei der Konstruktion des Euro und beim Abbau der sozialen Sicherungssysteme –nicht die versprochenen Verbesserungen der Lebensbedingungen für alle Menschen bringen, sondern nur eine Minderheit begünstigen. Und beim Kampf um Weltmarktanteile sind zukünftig militärische Interventionen der EU vorprogrammiert.

Standards und Solidarität

Position EU als Stoßdämpfer: Die EU hat den Druck der neoliberalen Globalisierung zwar teilweise nach innen weitergegeben (Stabilitätspakt, Lissabon-Strategie), aber dadurch eine bessere Abfederung gegen die Schockwellen der globalisierten Finanzmärkte erreicht, als es einzelnen Nationalstaaten je möglich gewesen wäre. Forderungen nach sozialen und ökologischen Mindeststandards sind heute –wenn überhaupt –nur auf EU-Ebene durchsetzbar, z.B. wird z.Zt. eine ambitionierte Chemikaliengesetzgebung diskutiert. Im Bereich der öffentlichen Dienstleistungen gibt es in den Regionen und Kommunen wie im EU-Parlament Ansätze, der von der EU-Kommission vorangetriebenen Deregulierungsinitiativen (Stichworte: Grünbuch Dienstleistungen von allgemeinem Interesse, Bolkestein-Richtlinie) einen Riegel vorzuschieben. Die Sicherheitsdoktrin der EU enthält im Gegensatz zu den USA eine starke Betonung von Armutsbekämpfung, Ressourcenzugang usw.; Präemption wird einmütig abgelehnt. Zudem gibt die EU pro Jahr 33 Mrd. Euro für die Unterstützung schwacher EU-Regionen aus –darin liegt ein Bekenntnis zu einer solidarischen Politik jenseits der Marktlogik, das in Zukunft gestärkt werden muss.[10]

3.7 Globale Finanzströme und ihre Institutionen (IWF und Weltbank)

Eine mächtige Triebkraft der wirtschaftlichen Globalisierung sind die internationalen Finanzmärkte. Sie erreichten eine neue Dimension mit der Auflösung des Systems fester Wechselkurse und der daran anschließenden, auch vom Internationalen Währungsfonds (IWF) vorangetriebenen Liberalisierung der Finanz- und Bankenmärkte.

3.7.1 Zinsdebatte

Ungleichheit nimmt zu

Im Jahr 2001 lag der globale Devisenmarktumsatz pro Tag bei rund 1 200 Mrd. US-Dollar. Nur 30-40 Mrd. davon reichen zur Abwicklung des Welthandels, der Rest ist spekulatives Kapital. Im Jahr 2002 hatten 80% der weltweiten Kapitalflüsse von ca. 2 000 Mrd. Euro pro Tag eine Anlagedauer von unter 7 Tagen. Während das bundesdeutsche BIP seit 1991 um 9% gewachsen ist und die Nettolöhne um 2% gesunken sind, wuchsen Zinserträge und Geldvermögen real um 60%. Damit wachsen die Geldbestände schneller als die allgemeine Wirtschaft, die Kaufkraft der Arbeitnehmer wird geringer, da die Vermögen sehr ungleich verteilt sind. 2001 haben die Banken in Deutschland ihren Anlegern 391 Mrd. Euro oder 66% der Nettolöhne gutgeschrieben.[11]

Zins = Kapitalismus

Position Freigeldtheorie: Die kapitalistische Komponente unseres Wirtschaftssystems basiert auf dem Zins als Anreiz zur langfristigen Anlage von Geldvermögen. Geld ist per se kein gerechtes Tauschmittel. Der Wert von Gütern ist zeitabhängig: bei Knappheit hoch, bei Überfluss oder Alterung niedrig. Dies gilt noch extremer bezüglich Arbeitskraft. Der Geldbesitzer ist demgegenüber hoch privilegiert. Den Unternehmen kann Geld langfristig als Kredit gegen Bezahlung von Zinsen für Investitionen zur Verfügung gestellt werden. Dank dieser Investi-

tionen vermehrt sich das Kapital, die allgemeine Produktivität und damit der Wohlstand. Mit zunehmender Vermehrung und Verfügbarkeit des Kapitals sinkt jedoch der Zins, auch weil Unternehmen bei weitgehender Marktsättigung in den Industrieländern keine hohen Kreditzinsen mehr bezahlen können.

Die seit den 1970er Jahren ständig über den –noch stärker zurückgehenden – realen BIP-Wachstumsraten liegenden Zinssätze tragen wesentlich zu einer Umverteilung des Reichtums bei: von der Arbeit zum Besitz, national und zwischen den Staaten (Nord vs. Süd). Damit wachsen die Geldbestände schneller als die allgemeine Wirtschaft. Immer größere Kapitalakkumulationen suchen nach Renditemöglichkeiten und erzwingen die Privatisierung öffentlicher Bereiche. Diese Situation war in der Vergangenheit immer der Ausgangspunkt für Kolonialisierung und Krieg, für Währungs- und Verschuldungskrisen. Somit ist unser derzeitiges Zinssystem die entscheidende Ursache für die weltweite Neoliberalisierung, für steigende Rüstungsaufgaben und systemimmanente Kriege, die ca. alle 70 Jahre die angehäuften Vermögen (und damit verbundenen Staatsschulden) wieder reduzieren. Für eine gerechtere Geldwirtschaft muss daher der Zins letztlich gegen Null sinken.[12]

Profit, nicht Zins!

Position Kapitalismuskritik: Der Kapitalismus basiert auf konkurrenzgetriebener Profitsteigerung und Kapitalakkumulation; Der Zins ist nur ein Ausdruck der Verwertungsinteressen des Kapitals, er ist real bestimmt und deshalb keine eigenständige Triebkraft: „Der Kapitalismus ist wie das berühmte Fahrrad, das immer in Schwung bleiben muss, wenn es nicht fallen soll, und die Konzerne stehen in Konkurrenz zueinander, um zu sehen, wer am kräftigsten in die Pedale treten kann, bevor er gegen die Wand fährt ". Diese Bewegung des Kapitalismus hat historisch eine enorme Steigerung der Produktivkräfte erreicht und zu einem Überfluss an materiellen Gütern geführt. Heute ist der Kapitalismus jedoch mehr und mehr destruktiv: Immer größere Kapitalakkumulationen suchen weltweit nach Renditemöglichkeiten und erzwingen die Privatisierung öffentlicher Bereiche. Die sozialen Ungleichheiten verschärfen sich immer stärker (s.o.), es gibt eine strukturelle Sockel-Erwerbsarbeitslosigkeit –immer weniger Menschen und Regionen können mit den Weltmarktanforderungen, die über die globalisierten Finanzmärkte blitzschnell in jede Weltregion vermittelt werden, mithalten. Die Individuen werden durch den Rhythmus des Turbokapitalismus entwurzelt und vereinzelt.[13]

3.7.2 Verschuldung

Der Süden in der Schuldenfalle

Dass sich ein kleiner Teil der Weltbevölkerung in den reichen Ländern des Nordens auf Kosten der Mehrheit der Menschen im Süden anhaltend bereichert, ist einer der Hauptgründe für globale, häufig gewaltsam ausgetragene Konflikte. Die Verschuldung des Südens bei nördlichen Gläubigern ist dabei einer der wichtigsten Mechanismen von Bereicherung bzw. Verarmung. Bisherige Schuldenerlasse wurden zum überwiegenden Teil zu Lasten der Steuerzahler der Industrieländer vereinbart, die somit die Zinseinnahmen privater Anleger sichern. Ein strukturelles Problem kann nicht allein durch einzelne Schuldenerlasse überwunden werden. Vielmehr müssen die Beziehungen zwischen Schuldnern und Gläubigern auf eine neue Grundlage gestellt werden.

3.7.3 Rolle von IWF und Weltbank

Die Weltbank und der IWF sind die Träger der nach dem Zweiten Weltkrieg in Bretton Woods entstandenen Weltfinanzordnung. Die von ihnen finanzierten Großprojekte stehen einer lokalen eigenständigen Entwicklung oft entgegen.

Der Washington Consensus überhöhte den IWF zu einem Machtinstrument, um die neoliberale Doktrin durchzusetzen, ohne Ansehen spezifischer Situationen von Volkswirtschaften. Lange genug hat der IWF als Krisenmanager –in Asien 1997/98, Brasilien 1998/99 und Argentinien 2001 –versagt und die Krisen im Interesse der wirtschaftlich Mächtigen noch verschärft. Immer wieder intervenierte er in den Krisenländern, um als Schuldeneintreiber das Kapital der ausländischen Gläubiger und Kapitalanleger zu retten.[14]

Neoliberale Interessenpolitik

Im IWF und in der Weltbank haben die USA eine Vetoposition und zehn Industrieländer zusammen eine absolute Mehrheit. Sie bestimmen damit die internationale Finanzordnung allein, und sie richten sich dabei oft nach den Interessen von Banken und Multis und nicht nach denen der Menschen in jenen 130 sogenannten Entwicklungsländern, die zusammen nur rund 33% der Stimmen halten.

Die globalisierten Finanzmärkte verlangen stabile Währungen, ausgeglichene Budgets und Rückzahlung der Auslandsschulden. Nötig ist daher die Erwirtschaftung von Exportüberschüssen und Devisen. Für die sogenannten Entwicklungsländer bedeutet dies hauptsächlich den Verkauf ihrer natürlichen Ressourcen. Fallende Preise und Währungen führen zu weiter steigender Ressourcenextraktion, um den Geldwert der Exporte stabil zu halten. Dass sich damit die Handelsbedingungen verschlechtern, ist ein herausragender Faktor sowohl für die Armutsentwicklung in vielen Regionen der Welt als auch – damit zusammenhängend – für die Wohlstandsgewinne in den Industriestaaten.

3.8 Globale Machtasymmetrien schaffen Gewaltpotenziale

Krieg

Die ungleiche und asymmetrische Entwicklung, die sich in und zwischen den verschiedenen Gesellschaften und Nationen auf der Grundlage der kapitalistischen Wirtschaftsordnung unter neoliberalem Regime ergibt, wird durch die Kriege gestärkt, welche die G8-Staaten führen und geführt haben, sowie durch viele Kleinkriege in einer ganzen Reihe von Ländern der Peripherie. Die Opfer sind in der Mehrheit Frauen und Kinder.[15]

In diesen Kriegen geht es um weltweite oder regionale Vorherrschaft, um die Kontrolle wichtiger Rohstoffe, um die Kontrolle von Waren- und Finanzmärkten, um die Kontrolle von Migrationsströmen oder um den verzweifelten Kampf um Überlebenschancen.

Terrorismus

Die politische Ökonomie der westlich dominierten Weltgesellschaft bereitet auf diese Weise nicht zuletzt die Grundlage für terroristische Aktivitäten. Diese Entwicklungen in der Welt wie ethnische Massaker, Vertreibungen und Terror liefern gleichzeitig die willkommenen Vorwände, um unter Verweis auf die Aufrechterhaltung des westlichen Wertehorizonts (Freiheit, Demokratie, Menschenrechte, Marktwirtschaft, die Achse des Guten) die nach dem Zweiten Weltkrieg bis zum Ende des Kalten Krieges entwickelten und anerkannten rechtlichen Standards (UN-Charta, Menschenrechte, Völkerrecht, Genfer Konvention) massiv zu deregulieren. Ein Beispiel hierzu ist die Nichtanerkennung des Internationalen Gerichtshofes in Den Haag durch die USA.

Migration

Solange nicht überall menschenwürdige Arbeits- und Lebensbedingungen herrschen, ist Freizügigkeit ein Privileg weniger, während die meisten MigrantInnen durch wirtschaftlichen Druck oder durch Verfolgung zum Verlassen ihrer Heimat gezwungen werden. Viele Migrantinnen werden nicht nur Opfer materieller, sondern auch sexueller Ausbeutung. MigrantInnen werden oft als billige Arbeitskräfte eingesetzt, um einheimische zu erpressen. So werden jene Menschen, nach dem Ver-

lust ihrer Heimat, erneut zu Opfern, es kommt zu schweren sozialen Spannungen und oft weiteren gewaltsamen Konflikten.

II. Eine alternative Weltwirtschaftsordnung ist möglich

1. Leitbilder und Leitideen

1.1 Leitbild: Nachhaltige Entwicklung

Rio-Konferenz

1992 einigte sich die Weltgemeinschaft auf der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro auf das Leitbild der nachhaltigen Entwicklung, wobei die Industriestaaten ihre vorrangige Verantwortung für ein Umsteuern in Richtung ressourcenschonender Entwicklung anerkannten. Die Erklärung von Rio proklamiert: „Das Recht auf Entwicklung muss derart verwirklicht werden, dass die Bedürfnisse gegenwärtiger und zukünftiger Generationen auf Entwicklung und Umwelt gerecht erfüllt werden "(Grundsatz 3). Das Prinzip der nachhaltigen Entwicklung wird seitdem gerne für Fensterreden verwendet, tatsächlich umgesetzt wird jedoch das der neoliberalen Globalisierung, wie es in der WTO seit 1995 sinnbildlich institutionalisiert wurde: anstelle eines den Naturverbrauch beschränkenden Umweltschutzes das Niederreißen jeglicher Beschränkungen.[16]

Trotz der Vereinnahmung des Nachhaltigkeitskonzeptes („nachhaltige Globalisierung ") enthält dieses Konzept ein grundlegend kritisches Potential gegenüber den herrschenden ökonomischen und ökologischen Ausbeutungsverhältnissen. Nach dem Gleichheitsgrundsatz haben alle Menschen auf der Erde das gleiche Recht auf Entwicklung und damit gleiche Zugangs- und Nutzungsrechte zu Ressourcen und der Umwelt (Boden, Luft und Wasser). Dieses Recht wird jedoch begrenzt durch die Endlichkeit des Ökosystems Erde sowie die gleichrangigen Rechte zukünftiger Generationen. Demgemäss haben die sogenannten Entwicklungsländer ihre Nutzungsrechte bei weitem noch nicht ausgeschöpft, die Industrieländer hingegen ihr Konto längst und bei weitem überzogen. Es können nicht weiterhin 20% der Weltbevölkerung 70-80% der natürlichen Ressourcen konsumieren; ansonsten ist eine Überwindung der Armut in den Ländern des Südens bei Wahrung der globalen ökologischen Stabilität nicht möglich.

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung

Eine wichtige Kontroverse entzündet sich am Verhältnis von Nachhaltigkeit und Wachstum. Wirtschaftswachstum wird anhand der Indikatoren BIP oder BSP gemessen, in denen alle Transaktionen positiv bilanziert werden, gleichgültig, ob es sich dabei um gesellschaftlich oder ökologisch nützliche oder schädliche Aktivitäten oder um Reparaturkosten handelt; außerdem wird nur bilanziert, was in Geldwerten erfasst wird. Andere Indices für ökonomischen Wohlstand wie der Genuine Progress Indicator (GPI) versuchen im Gegensatz zum BIP die realen sozialen und ökologischen Kosten der Wirtschaftstätigkeit mit einzubeziehen, darunter Faktoren wie Ressourcenbestand, Umweltverschmutzung, Freizeit, Gesundheit, Kriminalität, Verteilungsgerechtigkeit, Arbeitslosigkeit sowie unbezahlte Arbeit in Ehrenamt und Haushalt. Auffällig ist zumindest, dass sich seit den 70er Jahren die Arbeitslosigkeit in den Industrieländern trotz anhaltenden BIP-Wachstums vervielfacht hat.

> Position Abschied vom Wachstum: Eine nachhaltige Weltwirtschaftsordnung setzt die Abkehr von einer Fortschritts- und Entwicklungsidee voraus, die auf Wirtschaftswachstum basiert –und das zunächst und vor allem in den industrialisierten Ländern, die mit ihrem übermäßigen Ressourcenverbrauch die Lebenschancen der Menschen im Süden und der künftigen Generationen verringern. In den wenig industrialisierten Ländern dagegen könnte das Wachstum bestimmter

Wirtschaftssektoren, auch das des BIP insgesamt, durchaus ein wichtiger und notwendiger Bestandteil auf dem Weg aus der Armut sein; entscheidend jedoch ist, auf welcher Ressourcenbasis und unter welchen sozialen Bedingungen dieses Wachstum stattfindet. Das lässt sich am BIP selbst aber nicht ablesen.

Alternative Indices zum BIP wie der GPI (siehe oben) deuten darauf hin, dass in den Industriestaaten ab einem Wendepunkt, der zwischen ca. 1970 (USA) und ca. 1980 (BRD) lag, der Wohlstand bei anhaltendem BIP-Wachstum sinkt. Eine Steigerung des Pro-Kopf-BIP kann zeitweilig mit einer Erhöhung der Lebensqualität einhergehen, dann jedoch in das Gegenteil umschlagen; die Grenzkosten übersteigen dann den Grenznutzen. Dementsprechend ist Wirtschaftswachstum auch kein Heilmittel gegen Massenarbeitslosigkeit in den Industrieländern: Bei jedem Konjunkturaufschwung finden Investitionen in kapitalintensive Technologien statt, so dass sich seit den 70er Jahren beim nächsten Abschwung ein noch höheres Plateau an Erwerbsarbeitslosigkeit als zuvor ergab.[17]

Steady-State Economy

BIP-Wachstum als makroökonomisches Ziel ist aufzugeben. Anzustreben ist statt dessen eine Ökonomie im stationären Zustand (Steady-State Economy), die die Nettodurchlaufmenge der Weltwirtschaft an Materie und Energie auf einem nachhaltigen Niveau konstant hält. Sinkende Stoffströme können hierbei durchaus auch ein Schrumpfen des BIP zur Folge haben. Da der Gesamtnaturverbrauch das Produkt ist aus Bevölkerungszahl, Pro-Kopf-Konsum und Naturverbrauch pro Einheit Konsum, muss der stationäre Zustand unbedingt auch die Kontrolle der Bevölkerungszahl mit beinhalten. Wichtiger als das BIP pro Kopf sind hier direkte Maßnahmen, vor allem zur Familienplanung, aber auch zur Verbesserung des Bildungsstands und des Arbeitsplatzangebots – speziell für Frauen –, zur sozialen Altersfürsorge und zur Senkung der Kindersterblichkeit. Diese können unter geringen ökologischen Kosten durchgeführt werden. Es gilt in den sogenannten Entwicklungsländern auch die Chance zu nutzen, direkt auf ressourcenleichte Produktions-, Verteilungs- und Konsumweisen zu setzen, zu denen die Industrieländer ohnehin finden müssen.[18]

Umwelteffizienz?

Um unser bisheriges Wachstums- und Entwicklungsmodell (und die dahinter stehenden Kapitalinteressen, das westliche Konsummodell und die asymmetrischen Wirtschaftsbeziehungen) nicht in Frage stellen zu müssen, hat man als Ausweg aus dem Widerspruch zwischen Wachstum und Nachhaltigkeit den Begriff des „nachhaltigen Wachstums" geprägt, der bereits vielerorts die „nachhaltige Entwicklung" ersetzt. Es zeigt sich jedoch, dass die (bislang ohnehin nicht ausreichenden) technischen Gewinne bei der Umwelteffizienz durch das Produktionswachstum national wie global bei weitem überkompensiert werden (Bumerang-Effekt), die absolute Belastung also in wichtigen Bereichen steigt. Genauso wenig ist die oft beschworene Umschichtung zugunsten des Dienstleistungssektors hinreichend, unter anderem, weil dieser weitaus weniger „ressourcenleicht" ist, als vielfach angenommen wird. Ist in den westlichen Industrieländern in den letzten Jahren eine Abnahme z.B. des Energieverbrauchs festzustellen, so liegt das lediglich am Nettoimport ökologischer Kapazität, der infolge der Globalisierung zunimmt. Angesichts der Dimensionen der drohenden ökologischen und daraus folgenden sozialen Katastrophen gibt es somit keine rein technologische Lösung, sondern ist ein tieferer struktureller Wandel notwendig. Laut Umweltprogramm der Vereinten Nationen müssen die Industrieländer ihren Rohstoffverbrauch um 90% senken und ihr Konsumverhalten ändern – eine Zielsetzung, die dem Prozess der weiteren Globalisierung und der allseits angestrebten Produktionssteigerung durch weitere Liberalisierung des Welthandels diametral entgegengesetzt ist.[19]

Technischer Fortschritt

Position Zukunft des Wachstums: Weiteres Wirtschaftswachstum mit den derzeitigen Produktionstechnologien führt zu weiterer Verschwendung knapper Ressourcen und weiterer Umweltbelastung. Daraus folgt jedoch nicht die Forderung nach Nullwachstum, sondern die Forderung nach Änderung der Produktionstechnologien, nach nachhaltigem (und verteilungsgerechtem!) Wachstum. Die ökologische Problematik muss zwar in der vollen Breite anerkannt werden, aber BIP-Wachstum wird sich durch technologischen Fortschritt und Umschichtungen innerhalb und zwischen den Wirtschaftssektoren vom Naturverbrauch entkoppeln lassen.

Weiteres Wirtschaftswachstum ist notwendig: Arbeitslosigkeit und Armut auf der Welt sind nicht bei Nullwachstum zu bekämpfen. Es müssen mehr und besser bezahlte Arbeitsplätze entstehen. Beschäftigung ist eine abhängige Variable der Produktionsmenge. Also muss die Produktionsmenge wachsen. Selbst wenn eine radikale Umverteilung von Vermögen, Einkommen und Arbeit bei Nullwachstum politisch durchsetzbar wäre, würde die Weltbevölkerung für immer in konstanter Armut leben. Hinzu kommt, dass die Weltbevölkerung wächst und damit ständig mehr Arbeitsplätze und damit Wachstum benötigt, um ihren Lebensstandard auch nur zu erhalten. Hinzu kommt auch, dass die ständig steigende Arbeitsproduktivität durch technischen Fortschritt ständig Arbeitsplätze vernichtet und daher Wachstum notwendig ist, um die bestehende Beschäftigung auch nur zu erhalten.

1.2 Leitideen für zukunftsfähige Gesellschaften

Neben dem Leitbild der Nachhaltigkeit gibt es verschiedene Leitideen, Grundsätze, „Kernprinzipien für zukunftsfähige Gesellschaften“, welche die globalisierungskritische Bewegung einen und das Fundament unserer Gegenentwürfe zur neoliberalen bzw. kapitalistischen Globalisierung formen.[20]

1.2.1 Vielfalt und Kooperation

Kulturelle Eigenständigkeit

Vielfalt ist der Schlüssel für Vitalität, Anpassungsfähigkeit und Erneuerungsfähigkeit menschlicher Gesellschaften. Der Reichtum menschlicher Erfahrung und menschlichen Potenzials spiegelt sich in der kulturellen Vielfalt, die einen Ansporn für soziale, intellektuelle und spirituelle Innovationen gibt. Außerdem vermittelt sie ein Gefühl von Identität, Zusammengehörigkeit und Lebenssinn. Kulturelle Vielfalt bedeutet, dass alle Kulturen der Welt eigenständige Wertsysteme besitzen. Eine alternative Weltwirtschaftsordnung muss diese Eigenständigkeit anerkennen. Vielfalt kann nicht ausschließlich nach dem Kriterium der (monetären) Marktfähigkeit bewertet werden. Denn damit gehen Prozesse der Externalisierung einher, d.h. der Ausblendung, Abwertung und Aneignung reproduktiver Leistungen. Es sind jedoch gerade diese reproduktiven Leistungen, die gesellschaftliche Vielfalt ermöglichen: Zu ihnen gehören die unbezahlten, oft von Frauen geleisteten Sorge- und Überlebensarbeiten, die gemeinsam mit der Produktivität der ökologischen Natur die Grundlagen allen ökonomischen Handels bilden. Im herrschenden (neoliberalen) Denken jedoch gelten natürliche, kulturelle und menschliche Vielfalt nicht als eigenständige Werte.

Soziale Einbettung

Wettbewerb im Sinne der Vielfalt ist belebend. Die neoliberale bzw. kapitalistische Konkurrenz ist jedoch auf Verdrängung angelegt und zerstörerisch. Zukunftsfähige Gesellschaften leben von der Fähigkeit zur Kooperation. Sie begreifen die Menschen als sozial vernetzt, daher schaffen und bewahren sie Raum für die Bildung von Kooperationen. Hierunter fallen die Markt-, die Versorgungs- und die Non-Profit-Organisationen gleichermaßen.[21]

1.2.2 Menschenrechte und Arbeit in Würde

Vorrang für die Menschenrechte

1948 haben die Regierungen der Welt den 30 Artikeln der Menschenrechtsdeklaration der Vereinten Nationen zugestimmt, die jedem Menschen politische bzw. bürgerliche ebenso wie ökonomische, soziale und kulturelle Grundrechte garantiert. Hinter diesen Standard darf die Politik nirgendwo auf der Welt zurückfallen, auch wenn sie bisher nur für eine –zumeist männliche –Minderheit der Weltbevölkerung Wirklichkeit geworden sind. So soll etwa eine Lebenshaltung gewährleistet werden, die Frauen, Männern und Kindern gleichermaßen „Gesundheit und Wohlbefinden, einschließlich Nahrung, Kleidung, Wohnung, ärztliche Betreuung und der notwendigen Leistungen der sozialen Fürsorge "erschließt.

Manche Leute meinen, das Prinzip der Menschenrechte könne mit dem Prinzip der Subsidiarität (siehe III.1.2.5) in Konflikt geraten, etwa durch spezifische Praktiken mancher Gesellschaften (z.B. die Verstümmelung weiblicher Genitalien). Wir treten für den Vorrang der Menschenrechte bei einem Konflikt dieser beiden Prinzipien ein.

Arbeit in Würde weltweit

Die Menschenrechtsdeklaration der Vereinten Nationen bestätigt das Recht aller Menschen auf „Arbeit, freie Berufswahl, angemessene und befriedigende Arbeitsbedingungen sowie den Schutz gegen Arbeitslosigkeit ". In den Ländern des Südens sichern die meisten Menschen den Lebensunterhalt ihrer Familien durch Arbeit im sogenannten informellen Sektor. Davon sind Frauen überproportional betroffen. In den Industrieländern halten vergleichbare Formen unsicherer Beschäftigung (Scheinselbstständigkeit u.a.m.) wieder Einzug. Vielen dieser Menschen hilft die neoliberale bzw. kapitalistische Globalisierung nicht, sondern raubt ihnen die Möglichkeit, in Würde zu arbeiten. Und viele, die eine Arbeitsstelle haben, arbeiten unter unwürdigen oder gefährlichen Bedingungen oder unter ständig steigendem Druck. Zukunftsfähige Gesellschaften müssen beides leisten: Einerseits den Schutz der Arbeitnehmerrechte im formellen Sektor, vor allem durch Stärkung der Gewerkschafts- und Mitbestimmungsrechte, sowie durch eine gleichmäßige Verteilung der Arbeit auf alle, das bedeutet eine umfassende Arbeitszeitverkürzung, vor allem in den Industrieländern. Andererseits ein gesichertes Mindesteinkommen und Sozialrechte aller Menschen, die im sogenannten informellen Sektor oder in unsicheren Beschäftigungsverhältnissen arbeiten oder durch Arbeitslosigkeit ausgegrenzt werden.[22]

Weitgehende Arbeitszeitverkürzungen bei existenzsicherndem Einkommen bieten auch die Möglichkeit für eine Entfaltung freier Tätigkeiten jenseits der Erwerbsarbeit: vielfältige Formen der Eigenarbeit, Selbstorganisation, soziale Tätigkeit und eine Neuaufteilung der Familienarbeit zwischen Männern und Frauen. So kann die Bedeutung von Erwerbsarbeit hinter die freien Tätigkeiten zurücktreten; einkommensbezogener Wohlstand verliert an Gewicht gegenüber den Zuwächsen an selbstbestimmter Zeit (Zeitwohlstand).

1.2.3 Chancengleichheit und Geschlechtergerechtigkeit

Mehr Chancengleichheit zwischen den Nationen wie auch innerhalb einzelner Länder würde sowohl die Demokratie stärken als auch die Zukunftsfähigkeit von Gesellschaften. Die neoliberale bzw. kapitalistische Globalisierung benachteiligt überproportional viele Frauen, weil sie bestehende geschlechtsbezogene Ungleichheiten fortschreibt und verschärft. Gesunde Gesellschaften sorgen für eine angemessene Sozialstruktur und bemühen sich um ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Anreiz und Fairness. Soziale Gerechtigkeit und mehr Chancengleichheit –zwischen Nationen, im Inneren von Nationen, zwischen ethnischen Gruppen, zwischen sozialen Schichten sowie zwischen Männern und Frauen sind die Eckpfeiler zukunftsfähiger

Gesellschaften. Zur Verwirklichung der Chancengleichheit müssen die Impulse kooperativen Handelns, z.B. zivilgesellschaftlicher Gruppen und Netzwerke, verstärkt in die Gestaltung und die Institutionen des globalen Zusammenlebens einfließen.

1.2.4 Das Vorsorgeprinzip

Umkehr der Beweislast

Das Vorsorgeprinzip bedeutet, wenn eine Praxis oder ein Produkt eine Bedrohung für die menschliche Gesundheit oder die Umwelt darstellen könnte, sollten Vorsichtsmaßnahmen ergriffen werden, um eventuelle Schäden zu begrenzen oder zu vermeiden. Dies auch, wenn der wissenschaftliche Nachweis noch nicht endgültig geführt ist, ob oder wie es zu einem Schaden kommen kann. Weil dieser Nachweis Jahre dauern kann, und sich in diesem Zeitraum ständig unerwünschte aber unwiderrufliche Wirkungen ereignen können, sollten die Befürworter einer Praxis oder die Hersteller eines Produkts die Beweislast dafür tragen, dass ihre Praxis bzw. ihr Produkt sicher ist. Z.Zt. geht man häufig genau umgekehrt vor, etwa bei den WTO-Regeln. Wären diese WTO-Regeln schon in den 1950er Jahren in Kraft gewesen, hätte z.B. die amerikanische Regierung das Arzneimittel Thalidomid (Contergan) nicht verbieten dürfen, das in vielen Ländern (auch in Europa) von schwangeren Frauen eingenommen wurde und bei deren Kindern zu lebenslangen Behinderungen geführt hat.

1.2.5 Demokratie

Entscheidungen durch alle Betroffenen

Verantwortlichkeit steht im Mittelpunkt einer lebendigen Demokratie. Freie Wahlen sind fundamental, aber Demokratie ist wesentlich mehr. Entscheidungen sollen nicht z.B. von TNK getroffen werden, deren Manager selbst Tausende von Meilen entfernt leben und überdies den Auftrag haben, die alljährliche Dividende für Aktionäre, die wiederum wahrscheinlich nichts über die Betroffenen wissen, zu maximieren. Macht und Herrschaft sind so zu verteilen, dass die Entscheidungen von den Menschen getroffen werden, die auch die Folgen zu tragen haben. Es bedeutet auch, die Rechte und die Macht abwesender Eigentümer zu begrenzen und dafür zu sorgen, dass diejenigen, die Entscheidungen treffen, auch für die Schäden verantwortlich sind, die sie anderen zufügen. Gerade in diesem Zusammenhang muss die Frage der Delegitimierung bzw. der Reformierbarkeit internationaler Institutionen wie des IWF oder der WTO oder transnationaler Konzerne diskutiert werden.[23]

Subsidiarität

Nicht nur für die neue Debatte über Demokratie ist der aus der katholischen Soziallehre stammende Begriff der Subsidiarität entscheidend. Er dreht sich um das Prinzip der Selbstbestimmung: Das, was von Individuen bzw. kleineren sozialen Einheiten aus eigener Kraft entschieden und getan werden kann, soll nicht von der Gesellschaft bzw. von übergeordneten sozialen Einheiten übernommen werden. Wenngleich die neoliberale Konstruktion eines Gegensatzes von Subsidiarität und Solidarität einhellig abgelehnt wird, bestehen in Attac doch unterschiedliche Vorstellungen darüber, welches das kleinstmögliche Gemeinwesen ist –vielleicht doch die Weltgesellschaft? – das im Einzelnen die jeweilige Leistung zu erbringen vermag, bzw. in welcher Weise Subsidiarität gegen andere Wertvorstellungen abzuwägen ist. Diese Kontroverse ist wesentlich für die verschiedenen Strategien in Bezug auf die Globalisierung, die im Folgenden dargestellt werden.[24]

2. Strategien: Wie umgehen mit der Globalisierung?

STRATEGIE-KONTROVERSE: Kann Globalisierung reformiert werden im Sinne der Leitideen, soll durch Entglobalisierung der Vorrang von Binnen- vor Außenwirtschaft geschaffen werden oder sollen wir uns lokalen Wirtschaftskreisläufen zuwenden?

Steuerung

Position Globalisierung gerechter gestalten: Den Vorteilen weltweiter Märkte bei der quantitativen Versorgung stehen qualitative Nachteile (Raubbau an ökologischen Ressourcen, Entfremdung, Peripherie-Regionen) entgegen. Manche dieser Nachteile sind durch veränderte Steuerung begrenzbar. So könnten umweltbezogene Standards die Ausdehnung von Welthandel beschränken, da sie wie eine Erhöhung von Transportkosten wirken würden. Dies ließe Raum für die Entstehung von weltweiten Märkten, wo der technologische Fortschritt sie im Rahmen der ökologischen Ressourcen sinnvoll erscheinen ließe. Solche Standards können nur Mindestniveaus definieren, die dann einen völkerübergreifenden Werte-Konsens darstellen.

Internationale Standards

Orientierungsrahmen dieses Minimalkonsenses sollten die faktische Verwirklichung der allgemeinen Menschenrechte sowie ein allgemeines Prinzip der Nachhaltigkeit sein: Keine Volkswirtschaft bzw. Gemeinschaft hat das Recht, Ressourcen so in Anspruch zu nehmen oder Sozialbeziehungen so zu regulieren, dass unwiderrufliche Schäden für nachfolgende Generationen oder andere Gemeinschaften entstehen. Für den Handelsbereich bedeutet dies, dass keine Form von „Beggar-thy-neighbour"-Politik akzeptiert werden darf. Dieses Prinzip kann jedoch nur umgesetzt werden, wenn die großen Wirtschaftsmächte sich einer Selbstbindung unterwerfen und dazu eine multilateral verankerte Rechtsetzung und Rechtdurchsetzung akzeptieren.[25]

Position Entglobalisierung: Eine nachhaltige Entwicklung (vgl. II.1.1) zielt auf eine je eigenständige Entwicklung der Volkswirtschaften und Gesellschaften durch Binnen- und Regionalorientierung. Eine industrielle Gleichgewichtsökonomie erfordert einen Bruch mit der Doktrin der Globalisierung (sei sie neoliberal oder neo-keynesianisch) und eine Wende hin zur Entglobalisierung. Dabei müssen gerade die reichen Industriestaaten Vorreiter sein.

Entglobalisierung heißt nicht Autarkiestreben und eine Abkopplung von internationalen Märkten. Internationaler und weltweiter Handel bleiben in vielerlei Hinsicht von Vorteil. Doch die Prioritäten für die wirtschaftliche Entwicklung und die Wirtschaftspolitik ändern sich grundlegend: Statt die wirtschaftliche, technologische und gesellschaftliche Entwicklung auf die Bedarfe für den Export, für den Weltmarkt auszurichten, steht im Vordergrund die Produktion für kleinräumigere Märkte: lokale, regionale (auch grenzüberschreitend; vgl. Euregio Aachen), nationale Märkte bis hin zu regionalen Wirtschaftsverbünden. Die Überschaubarkeit dieser Zusammenhänge ist eine wesentliche Voraussetzung für die Sicherung ihrer demokratischen Kontrolle und für verantwortliches Handeln der wirtschaftlichen Akteure.

Mittelposition

Eine Strategie der Entglobalisierung sucht den Weg zwischen den Versuchen, „die Globalisierung gerecht zu gestalten", und einer Lokalisierungsstrategie. Während die „gerecht gestalten"-Strategie die Dynamik der Globalisierung stärkt, indem sie sie reformiert, unterliegt die Lokalisierungsstrategie der Gefahr einer Nischenpolitik ohne durchgreifende Wirkung. Es wäre sinnlos und im Einzelnen nicht begründbar, am grünen Tisch die Art und den Grad einer wünschenswerten nationalen und internationalen Arbeitsteilung zu skizzieren. Angemessen ist ein induktives Verfahren: Von der tatsächlichen Weltmarktintegration und den damit gegebenen Problemen auszugehen und Schritte zu einer Regionalisierung, einer Binnenorientierung der Wirtschaft anzugeben.

Konkrete Schritte zur Entglobalisierung verbinden die Unterlassung von Maßnahmen, welche die Globalisierung weiter vorantreiben, mit solchen, die aktiv eine Wende zu einer regionalen Orientierung einleiten. Das betrifft sowohl die

Neuordnung des Welthandels (vgl. III.3) als auch den ökologischen Umbau (vgl. III.1).

Position Lokalisierung: Der Ansatz „Lokalisieren statt Globalisieren" bedeutet nicht einfach eine geographische Verengung der Wirtschaftsräume. Er impliziert eine andere Perspektive, ein anderes Modell von Wirtschaft und Gesellschaft als das herrschende kapitalistisch-patriarchalische Modell. Diese neue Ökonomie muss zunächst von einem anderen Begriff vom „Guten Leben" ausgehen: Eine neue Perspektive – die Subsistenzperspektive – kann uns von der selbstmörderischen Wachstumslogik des Industriesystems befreien. Der Versuch, von oben her eine neue Weltwirtschaft mit humanem Gesicht zu entwerfen, ist ein Widerspruch in sich und wird unweigerlich in einem neuen Totalitarismus enden. Dieses Ziel kann nur durch eine Strategie der Lokalisierung erreicht werden:

Subsistenz

- Wirtschaftsräume werden aufgebaut, die ökologische, ökonomische und soziale Grenzen respektieren. Auch unsere Bedürfnisse sind begrenzt.
- Statt individuellem Egoismus zählen als wichtigste Triebkräfte der Ökonomie Gegenseitigkeit, Gemeinwohlorientierung, Solidarität, statt universaler Konkurrenz Kooperation, statt Trennung von Ökonomie und Moral Wiedereinführung einer neuen „Moral Economy". Diese ist nicht moralistisch; sie basiert vielmehr auf der Erkenntnis der notwendigen Grundlagen für das Überleben eines Gemeinwesens.
- Nur durch Lokalisieren lässt sich – politisch wie wirtschaftlich – das Subsidiaritätsprinzip (vgl. II.1.2.5) verwirklichen. Lokale Ressourcen, lokales Know-How, lokale Arbeitskraft werden, wo immer möglich, für die lokale Bedürfnisbefriedigung eingesetzt, d.h. für alle Menschen und anderen Wesen in einer bestimmten Region. Das hat erhebliche Auswirkungen auf den Welthandel (vgl. III.3.1), v.a. auch im Agrarbereich (III.3.4). Die meisten politischen und ökonomischen Entscheidungen werden lokal getroffen. Investitionen und Kapital bleiben in der Region und schaffen dort neue Arbeitsplätze. Ein echter Internationalismus ist erst auf der Grundlage von Gemeinwesen möglich, die selbstständig über ihre Ökonomie und Gesellschaft entscheiden.
- Eine direkte Demokratie ist notwendig, die nicht nur die Menschen, sondern alle Lebewesen umfasst (Lebensdemokratie).

Patriarchale Verhältnisse

Wenn wir von lokaler Ökonomie reden, haben manche die Befürchtung, dass dies die Rückkehr zu vormodernen Herrschaftsformen nach patriarchalischen und feudalen Prinzipien bedeuten könnte. Dagegen setzen wir einen bewussten Kampf von Männern und Frauen gegen patriarchale Verhältnisse, der mit einer Umstrukturierung der hierarchischen, geschlechtlichen Arbeitsteilung beginnen kann. In einer neuen Ökonomie müssten nicht nur die Frauen die Arbeit machen, die Männer machen, sondern auch die Männer müssten die gesellschaftlich notwendige, unbezahlte Haus- und Subsistenzarbeit im Haus, in der Umwelt und in der Gemeinschaft machen. Erst wenn die Hälfte der Menschheit diese Arbeit nicht mehr als Last, unwürdig und minderwertig ansieht, wird sich etwas an dem Geschlechterverhältnis ändern.

Eine Umstrukturierung der lokalen Ökonomien im Norden wie im Süden im Sinne einer antikapitalistisch-antipatriarchalen Subsistenzperspektive müsste notwendigerweise zu einer Veränderung der globalen Strukturen führen. Mehr oder weniger auf Self-Reliance (Selbstständigkeit) ausgerichtete Ökoregionen, in denen der Import aus anderen ähnlichen Regionen nur eine ergänzende Funktion hat, nicht aber die Grundversorgung sichert, werden dazu führen, dass der Welthandel schrumpft, sie werden die Ressourcenverschwendung, den Trans-

port, den Verpackungsmüll, die Monokulturen aller Art, den Einsatz von Chemie in Landwirtschaft und Industrie drastisch reduzieren. Was vom Welthandel dann noch übrig bleibt, muss nach den Prinzipien des fairen Handels organisiert sein; das bedeutet, dass es sogenannte Billiglohnländer nicht mehr geben wird.

3. Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung

SYSTEM-KONTROVERSE: Streben wir eine weltweite öko-soziale Marktwirtschaft an, wollen wir eine ökologische Wirtschaftsdemokratie durchsetzen oder treten wir für eine demokratische Systemalternative ohne Marktwirtschaft ein?

Verwirklichungschancen

Position Öko-soziale Marktwirtschaft: Es gilt, das Zusammenleben der Menschen auf unserem begrenzten Planeten Erde zu gestalten. Dazu müssen solche Regeln gefunden und mit Leben erfüllt werden, welche die unzählbaren individuellen Bedürfnisse, Wünsche und Ideen in Einklang bringen mit wenigen, wohl bestimmten Prinzipien von Gerechtigkeit. Diese Regeln müssen der Freiheit verpflichtet sein, zwischen zahlreichen Verwirklichungschancen zu wählen. Sie sollen darauf zielen, die Zahl der Wahlmöglichkeiten zu erhöhen: Das bedeutet nicht zuerst, mehr Verwirklichungschancen zu schaffen, sondern vor allem, die Auswahl allen Bürgerinnen und Bürgern zugänglich zu machen. Dies ist eine Form des Leitbildes der Nachhaltigkeit.[26]

Dazu bedarf es eines handlungsfähigen Sozialstaates. Er sichert die Teilhabechancen der Individuen für alle Lebensbereiche, vor allem durch die Bereitstellung öffentlicher Güter und Dienstleistungen. Um die Tendenz zu Zentralbürokratien zu beschränken, muss der Sozialstaat demokratisch und rechtsstaatlich sein, insbesondere einen wirkungsvollen Minderheitenschutz gewährleisten. Demokratie und Rechtsstaat werden in den zahlreichen Gruppen lebendig, welche allgemeine Interessen des Umwelt-, Gesundheits- und Verbraucherschutzes, der sozialen oder gesellschaftlichen Teilhabe, Vielfalt, Aufklärung vertreten. Ein so verstandenes Rechtsstaatsprinzip schließt nicht zuletzt die gesellschaftliche Einbettung der Geldpolitik ein.

Vorzüge des Wettbewerbs

Menschliches Zusammenleben, welches dem Leitbild der Nachhaltigkeit durch eine lebendige Zivilgesellschaft, durch eine ebenso streitbare wie kompromissfähige Demokratie, durch einen handlungsfähigen Rechts- und Sozialstaat Gestalt gibt, soll nicht auf die Vorzüge des Wettbewerbs verzichten. Unter jenen Voraussetzungen sind Wettbewerb und Märkte kraftvolle Instrumente, die eine große Anzahl von Informationen in kurzer Zeit aufbereiten und verbreiten können, innovative Dynamik freisetzen und Entscheidungen koordinieren. Zugleich bietet die beschriebene, handlungsfähige öffentliche Hand die besten Voraussetzungen für eine stabile Wirtschaftsentwicklung, ggf. unterstützt durch eine geeignete Konjunkturpolitik. Gesellschaften, welche auf die Nutzung von Marktkräften verzichten, gleichen einem hochgradig verkalkten Kreislauf, ebenso wie jene, die auf starke öffentliche Prinzipien verzichten, einem Kreislauf mit extremem Bluthochdruck und Herzrasen entsprechen. Die öko-soziale Marktwirtschaft steht dagegen für ein Gleichgewicht, welches viele Lebensjahre bei guter Gesundheit verspricht.

Ökonomisch-ökologische Rahmenplanung

Position Ökologische Wirtschaftsdemokratie (Mitarbeitergesellschaften, demokratische Rahmenplanung, Markt): Die sogenannte soziale Marktwirtschaft ist ihrem Wesen nach eine Variante des Kapitalismus: In ihm dominieren die Interessen privater Kapitaleigner vor entgegengesetzten gesellschaftlichen Bedürfnissen. Es gilt, die kapitalistische Wirtschaftsordnung in Richtung einer „ökologi-

schen Wirtschaftsdemokratie "zu transformieren. Diese trägt zum einen dafür Sorge, dass die wirtschaftliche Entwicklung nur in den ökologisch verantwortbaren Grenzen erfolgt. Zum anderen soll gewährleistet werden, dass die ökonomische bzw. gesellschaftliche Entwicklungsrichtung durch den Ausbau von Partizipation und Planung den Bedürfnissen der BürgerInnen –der Beschäftigten und der KonsumentInnen –Rechnung trägt.

Mittelfristige Zielvorgaben

Der Steuerungsmechanismus der Wirtschaftsdemokratie ist ein Mix aus Marktmechanismus und demokratischer Rahmenplanung; Innovations- und Effizienzvorteile von Märkten werden gezielt genutzt. Insgesamt geht es aber darum, die offenkundigen Defizite der Marktsteuerung durch eine ökonomisch-ökologische Rahmenplanung auszugleichen. Diese greift nicht unmittelbar in die Investitionsautonomie der Einzelunternehmen und in die Tarifautonomie der Tarifpartner ein, sondern steuert indirekt über die Vorgabe und Kontrolle von mittelfristigen Zielvorgaben: z.B. zur Erreichung von CO_2-Reduktionszielen, zur schrittweisen, aber starken Reduzierung und Umverteilung von Erwerbsarbeit, zur Finanz- und Investitionsplanung der öffentlichen Hände und (in der BRD) zur wirtschaftlichen Angleichung der neuen und alten Bundesländer.[27]

Die Demokratisierung der Wirtschaft bezieht sich auch auf die einzelnen Unternehmen. Diese bleiben autonom in ihren Entscheidungen und produzieren für den Markt. Auf den Anreiz des Gewinnstrebens wird nicht verzichtet. Eine progressive Beteiligung der Beschäftigten am Gewinn des eigenen Unternehmens (Investivlohn) könnte sie schrittweise zu Miteigentümern an ihren Unternehmen machen und mit einem gleichzeitigen Ausbau ihrer Mitbestimmungs- und Mitentscheidungsrechte im Unternehmen verknüpft werden. Für den Bereich der Großunternehmen bzw. Konzerne ist das Instrumentarium der Entflechtung neu anzuwenden und –sofern dafür gesellschaftliche Bewegungen streiten –sind Großunternehmen in Belegschaftseigentum zu überführen (Vergesellschaftung). –So umfasst eine ökologische Wirtschaftsdemokratie eine Vielfalt von Eigentumsformen: vom Privateigentum, insbesondere bei kleinen und mittleren Unternehmen, über kommunales Eigentum (z.B. Stadtwerke) bis hin zu genossenschaftlichem bzw. Belegschaftseigentum (Mitarbeitergesellschaften).

Position Demokratisches Wirtschaften (Überwindung des Marktes zugunsten von Demokratisierung der Ökonomie): Ausgangspunkt ist die Analyse, dass die von Attac kritisierten globalen sozialen, ökologischen und politischen Missstände primär aus der kapitalistischen Produktionsweise resultieren. Zur Überwindung der globalen Missstände ist daher die Überwindung des kapitalistischen Wirtschaftssystems erforderlich. Die Diskussion dreht sich u.a. um die Frage, wie die folgenden Ziele

- die Überführung des Privateigentums an Produktionsmitteln ins Gesellschaftseigentum, d.h. die inner- und zwischenbetriebliche Demokratisierung der Unternehmen;
- die Überwindung der Warenproduktion und damit der Marktsteuerung;
- die Abschaffung der Lohnarbeit und damit die Abschaffung des Arbeitsmarktes;
- die Umwandlung des Profit- in das Bedarfsprinzip;

langfristig sinnvoll durchgeführt werden können. Wenn der Markt durch eine Planung der Produktion ersetzt wird, stellt sich die Frage, wie die Sackgasse einer zentralistischen Kommandowirtschaft (wie ehemals in der DDR und heute in den kapitalistischen TNK praktiziert) vermieden werden kann.

Partizipative Ökonomie

Die partizipative Ökonomie basiert auf den Erfahrungen der Kooperativ- und Genossenschaftsbewegung mit selbstbestimmter, nicht-entfremdeter Arbeit und lokaler Entscheidungsfindung durch Produzenten- und Konsumentenversammlungen. Diese Erfahrungen gilt es auszubauen zu einer gesellschaftlichen (d.h. je nach Betroffenheit bzw. Interesse der Bevölkerung lokalen, regionalen bis hin zu globalen) Entscheidungsfindung darüber, was, wie, wie viel, wo und wann produziert und verteilt wird.[28]

Freie Software-Bewegung

Die freie Software-Bewegung fußt auf der Schöpfung des modernen Betriebssystems Linux in dezentraler, nicht-lohnförmiger Selbstorganisation und Koordination über das Internet. Zudem hat vollautomatische Produktion zu einem Überfluss an materiellen Gütern geführt, und Wissen wird zum entscheidenden Produktionsfaktor. Damit überholt sich auch eine geld- und marktförmige Verteilung. Mikroelektronische Revolution und Robotik bieten die Möglichkeiten, die meisten der direkten Gebrauchsgüter direkt vor Ort zu produzieren, die Produktion zu dezentralisieren.[29]

Zukünftig wird zu diskutieren sein, ob beide Vorstellungen zu einer tragfähigen überlegenen Systemalternative weiterentwickelt werden können. Eine solidarische, gebrauchswert-basierte Ökonomie würde zudem Erziehungs-, Pflege- und Beratungstätigkeiten und dem Schutz natürlicher Lebensgrundlagen die notwendige stärkere Gewichtung ermöglichen, die ihnen heute durch die Marktmechanismen verweigert wird.

III. Wege zu einer alternativen Weltwirtschafts-ordnung

1. Weltwirtschaftsordnung im ökologischen Gleichgewicht

Eine dem Ziel der Nachhaltigkeit verpflichtete ökologische Wirtschaftspolitik hat als Zielmarke die Reduzierung des Umweltverbrauchs um 80-90% gegenüber heute. Der Zwang der Entwicklungsländer, ihre Naturreichtümer zu verschleudern, muss aufgehoben werden. Dazu sind ihre Schulden zu erlassen und die entfesselten Finanzmärkte zu re-regulieren. Die Subsistenzrechte lokaler und indigener Gemeinschaften haben Vorrang vor externer Nutzung. Dieses Vorrecht betrifft insbesondere die von diesen Gemeinschaften genutzte und gepflegte biologische Vielfalt.

Die Menschheit hat keine zweite Erde im Keller

Internationale Handelsregeln müssen eingehend auf potentielle ökologische und soziale, insbesondere Gender-bezogene Folgen überprüft werden. Das Verursacherprinzip ist durchzusetzen, d.h. effektive Haftungssysteme und Schadensausgleich. Multilaterale Umweltabkommen müssen über das Handelsregelwerk gestellt werden. Ebenso wie für die Handelsverträge müssen sie Bindungswirkung für IWF und Weltbank haben, die Strukturanpassungsprogramme des heutigen IWF müssen beseitigt werden. Auch muss der Handlungsspielraum der Staaten, Umweltgesetze zu erlassen, gegenüber der WTO wieder gestärkt werden.

Solche Veränderungen erfordern natürlich einen tiefgreifenden Wandel auch in der Beschäftigungspolitik, der Steuerpolitik und den sozialen Sicherungssystemen, deren Finanzierung bislang auf permanentem Wachstum beruht. Von entscheidender Bedeutung, um den Wandel möglich, akzeptabel und nicht nur „sozialverträglich", sondern gemeinwohlfördernd zu gestalten, wird es sein, eine gerechte Verteilung des Volkseinkommens zu erzielen und den Trend zur sozialen Schere umzukehren. Arbeitszeitverkürzungen sowie die verstärkte Einbeziehung höherer Einkommen und Vermögen in die Finanzierung der sozialen Sicherung sind hier zu nennen.

1.1 Der ökologische Umbau

Dafür tritt Attac Deutschland kurzfristig ein:

- Jegliche umweltschädliche Subventionen werden eingestellt. Das ist notwendig, um besonders umweltbelastende Wirtschaftssektoren durch ökologisch verträgliche Sektoren weitgehend zu ersetzen.
- Von einer Orientierung der EU, die sie zum wettbewerbsfähigsten und „dynamischsten" Wirtschaftsraum der Welt machen will (Erklärung von Lissabon, 2000), wird Abstand genommen. Vorrang vor weiterer Liberalisierung der Märkte müssen Vereinbarungen für ökologische und soziale Standards haben.[30]

Passive Maßnahmen (Unterlassung)

- Diejenigen Agrarsubventionen müssen abgeschafft werden, die das Agrobusiness ermutigen und die Kleinbauern liquidieren, die für lokale Märkte produzieren.

Dafür tritt Attac Deutschland in langer Sicht ein:

- Die verstreuten internationalen Verantwortlichkeiten für Umweltfragen sollten in einer Weltumweltorganisation gebündelt werden. Sie muss mit einem starken Durchsetzungsmechanismus versehen werden, wie ihn beispielsweise die heutige WTO hat.

Aktive Maßnahmen

- Eine umfassende ökologische Steuerreform ist durchzuführen, die konsequent das Verursacher- und Vorsorgeprinzip anwendet. Ein wichtiger Baustein sind die Transportpreise für Flug- und Schiffsverkehr. Durch konsequente Besteuerung muss der Faktor Energie und Rohstoffe relativ teurer werden als der Faktor Arbeit, was auch das Beschäftigungsproblem abmildern würde. Die zusätzlichen Steuereinnahmen können –das ist hier kontrovers –für gezielte staatliche Förderung des ökologischen Umbaus verwendet werden oder um (im Interesse einer gleichbleibenden Gesamtsteuerlast) die Lohnnebenkosten zu senken.
- Notwendig sind der Aufbau einer Rezyklierungswirtschaft und der Übergang zu langlebigen und leicht zu reparierenden Produkten, auch zur Reduktion von Rohstoffimporten.
- Eine Verkehrswende ist ein wichtiger Schritt zu einer umweltgerechten Gestaltung der Ökonomie, vor allem auch durch starke Regionalisierung. Das verlangt unter anderem das Umsteuern der angebotsorientierten zu einer nachfragesteuernden Verkehrspolitik mit den Zielen der Verkehrseinsparung, -verlagerung auf umweltfreundlichere Träger und -optimierung.
- Auch die neue Energieinfrastruktur sollte dezentral organisiert sein. Fossile und nukleare Energieträger müssen durch Energieeinsparung und erneuerbare Energien abgelöst werden. Diese sind langfristig das Fundament einer ökologischen und friedlichen Weltwirtschaftsordnung. Auf dem Wege dahin bedarf es auch einer radikal erhöhten technischen Energieeffizienz.
- Analog zur Internationalen Atomenergiebehörde könnte eine „Internationale Behörde für Erneuerbare Energien “eingerichtet werden, um deren Verbreitung zu fördern.
- Auch die Erhebung von Nutzungsgebühren für globale Gemeinschaftsgüter wie der atmosphärischen Absorptionskapazität für Schadstoffe oder der ozeanischen Schifffahrtswege sollte diskutiert werden.

Wachstum?

Position Abschied vom Wachstum: Eine wachstumsorientierte Wirtschafts-, Finanz-, Geld- und Zinspolitik wird abgelöst durch eine selektive Wachstums- und Schrumpfungspolitik, die insgesamt auf einen Gleichgewichtspfad ohne Zwang zum Wachstum (vgl. II.1.1) einschwenkt.

2. Beschränkung der Macht transnationaler Konzerne

Die Aufhebung der Herrschaft von Menschen über Menschen und damit die Aufhebung der Ausbeutung und Unterdrückung, der Übergang von der Fremd- zur Selbstbestimmung ist eine alte Forderung demokratischer Partizipationsbewegungen. Die Demokratisierung unternehmerischer Macht ist ein tragender Baustein für die Humanisierung der Wirtschaft insgesamt; wir setzen uns ein für die Regulierung und Einschränkung der Macht transnationaler Konzerne und ökonomischer Machtzusammenballungen durch Kartelle und Fusionen.[31]

Demokratie in die TNK tragen

Die einseitig auf die Interessen der KapitalgeberInnen bzw. AnteilseignerInnen ausgerichteten Entscheidungsprozesse transnationaler Konzerne (TNK) müssen überwunden werden. Wir fordern umfassende Mitsprache und Mitbestimmung der Betroffenen („Stakeholder “) und ihrer InteressenvertreterInnen auf allen Ebenen –im Unternehmen, national und international. Zu den Stakeholdern gehören die Beschäftigten, aber auch die in der Umgebung Lebenden, die von Rohstoffgewinnung und anderen Produktionsauswirkungen Betroffenen und die VerbraucherInnen bzw. entsprechende Umwelt- und soziale Organisationen. Die betriebliche Mitbestimmung umfasst auch eine direkte Mitbestimmung („participation directe “) der

Arbeitsgruppen am Arbeitsplatz, sowie einen Abbau der hierarchischen Arbeitsorganisation und so weit wie mögliche Ersetzung durch Einrichtung selbstorganisierter bzw. teilautonomer Arbeitsgruppen. Die bisherigen, vielfach zu unverbindlichen Mitspracheregelungen auch des deutschen Mitbestimmungsrechts sind im Lichte dieser Forderungen qualitativ zu verbessern.

Bei der Verfolgung einer gegen die Übermacht der großen nationalen und transnationalen Unternehmen bzw. Konzerne gerichteten Politik muss Attac die kritisch-solidarische Kooperation mit den nationalen und internationalen Gewerkschaftsorganisationen suchen und sich für die Stärkung ihrer Rechte einsetzen.

Soziale Verantwortung der Unternehmen weltweit verbindlich regeln

Die Balance zwischen den Anwälten der öffentlichen Anliegen und denen der Privatwirtschaft müssen wieder hergestellt werden. Soziale Verantwortung der Unternehmen zielt darauf, international verbindliche Standards zu schaffen in den Bereichen Menschenrechte, Demokratie, Ökologie, Arbeit und Soziales (ILO-Konventionen) und Gleichberechtigung von Frauen und Männern, insbesondere gleiche Bezahlung. Diesen müssen sich TNK als Verhaltenskodizes verpflichten und unterwerfen. Freiwillige Standards oder Verhaltenskodices sind in diesem Zusammenhang ein wichtiger erster Schritt, reichen aber nicht aus. Ziel muss die Schaffung rechtsverbindlicher internationaler Regeln mit effektiven Überwachungsmechanismen und Sanktionsmöglichkeiten sein. Dazu muss die Rolle der Zivilgesellschaft gestärkt werden, durch einklagbare Transparenzregeln gegenüber den TNK und durch umfassende Mitbestimmung aller Stakeholder an den Entscheidungsprozessen innerhalb der TNK. Bei einer echten paritätischen Mitbestimmung würden nicht –wie gegenwärtig –die Anteilseigner de facto in der Mehrheit sein.

Darüber hinaus unterscheiden sich die Vorstellungen der öko-sozialen Marktwirtschaft, der ökologischen Wirtschaftsdemokratie und der Position Demokratisches Wirtschaften (vgl. II.3) darin, welche gesellschaftliche Rolle den TNK zukommen kann. Diese Kontroverse macht sich maßgeblich an den Möglichkeiten der Demokratisierung der TNK fest:

Stakeholder entscheiden über Manager

> Position Demokratisierung der (Groß-)Unternehmen verwirklichen: Die Forderung nach verbindlichen Verhaltenskodizes für TNK ist richtig, reicht aber nicht aus. Zentrale Voraussetzung, um die durch Eigentum erworbene oder gesteuerte Macht zu beschränken, sind Änderungen in der Struktur der TNK selbst. Eine grundlegende Voraussetzung für eine wirksame demokratische Kontrolle von Unternehmensmacht ist die Entflechtung von TNK. Für den Ausbau der Unternehmensmitbestimmung gilt: Im Aufsichtsrat, der auch den Vorstand wählt, muss es eine Minderheitsposition der Anteilseigner geben und eine Mehrheit für die abhängig Beschäftigten und die betroffene Bevölkerung. Die Gruppe Bevölkerung soll nicht durch den Staat oder durch Staaten vertreten sein, auch oppositionelle Kräfte müssen Einfluss haben. Weitere Möglichkeiten sind die Trennung von Eigentum und Verfügungsgewalt (die Aktien würden dann zu Anleihen) oder eine Auflösung der bestehenden Aktiengesellschaften in Mikrokapital, das nur natürlichen Personen gehören kann. Ein weitergehendes Ziel, das zur Demokratisierung notwendig sein kann, ist die Umwandlung des Privateigentums in demokratisches Gemeineigentum (Vergesellschaftung, nicht Verstaatlichung; z.B. Mitarbeitergesellschaften) und eine Ausweitung der Mit- zur Selbstbestimmung.[32]
>
> Resultat einer solchen Demokratisierung ist eine Stärkung der Rechte der Belegschaft (und Bevölkerung), die darüber befindet, ob Missmanagement vorliegt oder gute Arbeit geleistet wurde, und die Manager und Aufsichtsräte entlassen kann. Beispiele für Managementmodelle der Selbstorganisation sind das Semco-System („Management ohne Manager ") von Ricardo Semler und das von Koldo

Saratxaga für die weltgrößte Industriekooperative Mondragón Corporación Cooperativa entwickelte Management-System.[33]

Demokratisierung der Gesamtwirtschaft

Position Demokratisches Wirtschaften –gesellschaftliche Wahl der wirtschaftlichen Akteure durchsetzen: Die Forderungen nach Demokratisierung bzw. Vergesellschaftung der Großunternehmen sind richtig, lassen aber ein zentrales Problem unbeantwortet: Solange der Markt die Beziehungsebene zwischen den demokratisch geführten Unternehmen bestimmt, zwingt der ruinöse Verdrängungswettbewerb zur Profitausrichtung der Unternehmen, zur Selbstausbeutung, zur Entfremdung und zur Vernichtung konkurrenz- und profitschwacher Betriebe und Arbeitsplätze. Daher ist zusätzlich neben der innerbetrieblichen Demokratisierung eine Demokratisierung zwischen den Unternehmen erforderlich, um gesamtwirtschaftlich die Produktion und Verteilung bedarfsorientiert auszurichten. Wenn Marktmechanismen bestehen bleiben, unterhöhlen sie eine solche gesellschaftliche Steuerung (vgl. die Erfahrungen der Kooperativ- und ArbeiterInnenselbstverwaltungs-Bewegung). Nicht der Markt, sondern die Bevölkerung soll über Leitlinien und Akteure der Produktion entscheiden Für solch eine Form demokratischen Wirtschaftens ist es wichtig, dass sich die Menschen in ihren lokalen Solidargemeinschaften mündig machen und lernen, (basis-)demokratisch über komplexe gesellschaftliche Zusammenhänge mitzuentscheiden.[34]

3. Neuordnung des Welthandels

3.1 Mechanismen der Welthandelsordnung

Die verschiedenen Aufgabenbereiche, welche internationale Lösungen erfordern, sollten jeweils eigenen Organisationen zugeordnet bleiben, etwa Arbeitsstandards der ILO, Umweltpolitik der UNEP, Entwicklungspolitik der UNDP. Die Kontrolle dieser UN-Organisationen sollte dabei durch die Bevölkerung erfolgen. Es ist falsch, diese Aufgaben in die WTO zu ziehen, wie es in vielen Bereichen geschehen ist.[35]

Dafür tritt Attac Deutschland kurzfristig ein:

Keine Global Governance ohne globale Demokratie

- Innerhalb der WTO soll bedingungslos auf die „Singapore Issues "(Wettbewerb, öffentliche Beschaffung, Investitionen, technische Handelsfragen) verzichtet werden.
- Alle Verträge und Entscheidungen der WTO sowie die interne Personalpolitik müssen das Prinzip des Gender Mainstreaming, d.h. gleicher Chancen für Frauen und Männer, nachprüfbar umsetzen.
- Die WTO muss unter das Dach der UN gestellt und auf Fragen des Handels beschränkt werden. D.h. insbesondere, dass die Rechtsprechung des WTO-Schiedsverfahrens dem UN-Recht entsprechen muss. Es ist eine Abkehr von der nationalen Sanktionsverhängung (Strafzölle) anzustreben. Langfristiges Ziel ist eine einheitliche internationale, unabhängige Judikative.

Dafür tritt Attac Deutschland in langer Sicht ein:

- Soweit in Zukunft globale Vereinbarungen über Investitions- oder Wettbewerbsfragen für wünschenswert gehalten werden, sollte die UNCTAD das Forum dafür sein. Dabei ist die Zivilgesellschaft in jeden Verhandlungs- und Entscheidungsprozess von Anfang an voll einzubeziehen.

Opting Out

- Vereinbarungen über Wettbewerb oder Investitionen müssen demokratisch transparent ausgehandelt werden. Dazu gehört, dass sie nicht unumkehrbar sein

dürfen, vielmehr ist eine realistische Klausel für den Austritt („Opting out") vorzusehen.

- Jede Vertiefung der internationalen Arbeitsteilung (also exportorientierte Wirtschaftspolitik) ist auf ihre geschlechtsbezogenen Wirkungen zu überprüfen. Ein auf Ausbeutung von verletzten Frauenrechten und unterbezahlter Frauenarbeit beruhendes „vergeschlechtlichtes Wirtschaftswunder" darf es nicht mehr geben![36]
- Prinzipien sind zu vereinbaren, die eine dauerhafte Rolle regionaler und lokaler Wirtschaftskreisläufe ermöglichen. D.h. insbesondere, dass die Staaten ihre Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge frei festlegen, ohne durch WTO-Prinzipien wie z.B. die Inländerbehandlung eingeschränkt zu werden.

Welche Rolle für eine internationale Handelsorganisation?

Position Globalisierung gerechter gestalten: Das Verhältnis zwischen Außen- und Binnenhandel ergibt sich aus den Bedingungen eines öko-sozial regulierten Marktes. Hierzu wird eine Welthandelsorganisation benötigt, welche auf der Grundlage von Fairness und gegenseitigem Respekt organisiert ist. Daher treten wir ein für eine Reform der WTO: Die Großen müssen glaubhaft machen, dass sie sich dem multilateralen System unterordnen und dies dauerhaft zur zentralen Instanz weiterentwickelt werden soll. Daher sind Verfahrensregeln zu vereinbaren, die allen Beteiligten ausreichend Zeit und Möglichkeit geben, sich in den Verhandlungsprozess einzubringen. Dazu soll ein Moratorium genutzt werden.

Position Entglobalisierung: Wirtschaftskreisläufe sollten regional sein und der Binnenhandel eine eindeutige Priorität vor dem Außenhandel genießen. Wir lehnen allgemeine Abkommen ab, welche ausländischen Anbietern einen Rechtsanspruch auf Marktzugang geben. Weltwirtschaftsbeziehungen sollen durch ein pluralistisches System von internationalen und regionalen Institutionen und Organisationen geordnet werden, welches die Verschiedenheit von nationalen und regionalen Entwicklungen anerkennt und schützt. Das Projekt weiterer Deregulierung der Weltmärkte muss aufgegeben werden, wozu ein Moratorium für die gegenwärtige Welthandelsrunde nur ein Einstieg wäre.

Position Lokalisierung: Die in II.2.3 genannten Prinzipien der Subsidiarität und Self-Reliance lassen sich nur in kleineren Wirtschaftsräumen durchsetzen und überprüfen. Dazu bedarf es keiner weltumspannenden Organisation wie der WTO. Stattdessen sind andere Prioritäten gefordert, u.a. Landwirtschaft vor Industrie, und Vorrang für kleinbäuerliche Produktion. Produzenten-Konsumenten-Vereinigungen können Kleinproduzenten ein regelmäßiges Einkommen und den Konsumenten gesunde Nahrung und andere Produkte sichern. Sie können vor allem wieder so etwas wie Verantwortung für die Erde bei beiden –Produzenten und Verbrauchern –herstellen. Die Verbreitung von Lokalgeld und entsprechenden Initiativen kann dazu einen wichtigen Beitrag leisten.

3.2 Neuordnung des Warenhandels

Ungerechtigkeit beenden, nicht fortschreiben

Das bis 1995 geltende GATT-Abkommen (vgl. I.3.5) stellte nur scheinbar eine tragbare, entwicklungsfähige Grundlage für den internationalen Warenhandel dar. Es gab sowohl Liberalisierungsinstrumente als auch Beschränkungsmechanismen. Wegen der besseren Ausstattung der reicheren Länder gegenüber den sogenannten Entwicklungsländern konnten diese aber nicht gleichermaßen genutzt werden. Auch deshalb beklagten sogar die Regierungen jener Länder, dass sie regelmäßig übervorteilt wurden.

Dafür tritt Attac Deutschland kurzfristig ein:

- Maßnahmen der Exportförderung müssen eingestellt werden (z.B. Subventionen, Hermesbürgschaften, Steuerbefreiung des Flugverkehrs, bestimmte Maßnahmen der Forschungs- und Technologieförderung, z.B. im Bereich der Gentechnologie, Metrorapid).[37]

Dafür tritt Attac Deutschland in langer Sicht ein:

- Fairness im internationalen Warenhandel bedeutet insbesondere, dass solche Handelsbeziehungen nicht auf Geschlechterungleichheit beruhen oder sie gar verschärfen dürfen. Entsprechende Standards für Nichtdiskriminierung und Herstellung von Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern müssen vereinbart und regelmäßig überprüft werden.
- Ergänzt werden sollte der Warenhandel um Mechanismen, die einen Ausgleich für die Verschlechterung der Terms of Trade vorsehen, welcher die sogenannten Entwicklungsländer aufgrund von sinkender Nachfrage nach Rohstoffen ausgesetzt sind, die ihrerseits auf technischem Fortschritt in den Industrieländern beruht. Ein solcher Mechanismus muss sich einfügen in ein Entwicklungsprogramm, das die Abhängigkeitskosten der internationalen Arbeitsteilung gerecht aufteilt. Es darf nicht länger hingenommen werden, dass diese Kosten einseitig den rohstoffproduzierenden Ländern des Südens aufgebürdet werden.[38]

Faire Preise für Rohstoffe

> Position Entglobalisierung/Lokalisierung: Eine Verringerung der Mengenströme von Ex- und Importen gehört zu einer Politik des ökologischen Umbaus. Ein Wirtschaftsmodell, das im Zuge einer konsequenten ökologischen Steuerreform (vgl. II.1.1) Naturverbrauch bezahlen lässt, wird eher kleinformatige Produktionsweisen mit einem höheren Anteil an menschlicher Arbeit befördern.

3.3 Neuordnung des internationalen Dienstleistungsverkehrs

Wir fordern einen sofortigen Stopp der Dienstleistungsverhandlungen (GATS). Von der EU und der Bundesregierung verlangen wir, sofort alle bereits eingeleiteten Verhandlungsschritte und die damit verfolgten Zielsetzungen offen zu legen. Soweit internationaler Dienstleistungshandel vereinbart wird, sollte er folgenden Bedingungen genügen:

- Eine besonders widerliche Spielart internationalen Dienstleistungshandels sind Frauenhandel und Sextourismus bzw. Prostitution von Migrantinnen. Diese sind entschlossen und mit aller Härte zu ächten, die verantwortlichen Männer hart zu bestrafen und die betroffenen Frauen zu schützen (z.B. durch entsprechende Bleiberechte für Migrantinnen).
- Die Gestaltung der Lebens- und Arbeitsverhältnisse durch die Betroffenen nach den Prinzipien der Demokratie und Subsidiarität ist zu gewährleisten, d.h. Entscheidungen müssen durch die Bürgerinnen und Bürger so lokal wie möglich getroffen werden.
- Internationaler Dienstleistungsverkehr darf nicht darauf beruhen, dass Frauen noch mehr unbezahlte häusliche Tätigkeiten aufgebürdet werden, weil bisher öffentliche Dienstleistungen privatisiert werden. Er soll auch nicht darauf beruhen, dass wohlhabende Frauen im Norden ihre beruflichen Karrieren auf die Haushaltsarbeit von Migrantinnen aus dem Süden stützen (müssen).[39]

Nicht auf Kosten der Frauen

- Jede Gemeinschaft muss autonom und immer wieder neu entscheiden können, wie sie ihre öffentlichen Dienste (Bildung, Gesundheit, Wasser- und Energieversorgung, Verkehr, etc.) organisieren will, und darf nicht zur Beteiligung transnationaler Konzerne gezwungen werden.

- Wirtschafts-, entwicklungs-, umwelt- und sozialpolitisch motivierte Regulierungsmöglichkeiten auf kommunaler, nationaler und regionaler Ebene müssen erhalten bleiben.

3.4 Weltagrarmarkt

Im Rahmen der gleichgeordneten Ziele von (1) Recht auf Nahrung, (2) Nahrungsmittelsicherheit und (3) Ernährungssouveränität ist der internationalen Agrarhandel ein mögliches Instrument und ihnen untergeordnet. Das fundamentale Recht auf gesunde und kulturell angemessene Nahrung, wie in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte bereits verankert, darf nicht von internationalen Marktregeln in Frage gestellt werden.

Genug Nahrung für alle

Das Konzept der Ernährungssouveränität wurde in den Ländern des Südens entwickelt und wird zunehmend auch von europäischen Agrarbündnissen übernommen. Es ist die Voraussetzung, um eine ausreichende und sichere Verfügbarkeit von Nahrungsmitteln in allen Regionen eines Landes zu verwirklichen. Ernährungssouveränität meint das Recht auf selbstbestimmte, eigene und unabhängige Nahrungsmittelproduktion und auf die Unterstützung lokaler Märkte und Produzenten.

Dafür tritt Attac kurzfristig ein:

- Abbau von Subventionen auf landwirtschaftliche Exporte und nicht-nachhaltige Produktionstechnologien;
- Förderung ökologischer Landwirtschaft in Industrieländern und von Programmen zur Erforschung und Verbreitung nachhaltiger Anbau-, Verarbeitungs- und Vermarktungstechniken sowie eines bewussten Konsumentenverhaltens sowohl in Ländern des Südens als auch des Nordens;
- Schutz und Förderung lokal orientierter Landwirtschaft, welche zu großen Teilen von Frauen betrieben wird, vor allem zur Armutsminderung in Entwicklungsländern;[40]
- Förderung der Rechte von LandarbeiterInnen und Landlosen sowie Überprüfung des Modells der marktgestützten Landreform. Es ist auch dafür Sorge zu tragen, dass Frauen einen gleichberechtigten Zugang zu Eigentum an landwirtschaftlichen Produktionsfaktoren (Land und Kapital) erhalten. Diskriminierung, z.B. beim Erbrecht oder Kreditzugang, muss weltweit aufgedeckt und zurückgedrängt werden.

In langer Sicht vertreten Attac-Mitglieder unterschiedliche Positionen:

Dumping verhindern

> Position Globalisierung gerechter gestalten: Schutzrechte und gezielte Förderung zur Stärkung lokaler Agrarsysteme und Märkte sollen Regionen die Entwicklung eines Agrarsystems ihrer Wahl ermöglichen. Zumindest solange Billigimporte aus anderen Ländern, die subventioniert und nicht nachhaltig produziert wurden, ein lokal erwünschtes Nahrungssystem bedrohen, bleibt das Recht auf Schutzmechanismen bestehen, bis dieses wettbewerbsfähig ist. Langfristig wird sich so ökologische und sozial faire Produktion durchsetzen und Schutzmechanismen unnötig machen. Die Zugangsschranken zu den Märkten der Industrieländer müssen überarbeitet werden in Hinsicht auf die Ziele Ökologie und Armutsrelevanz. Eine internationale Handelsaufsicht mit Sanktionskompetenz kontrolliert die Fairness des Marktsystems unter spezieller Berücksichtigung der Entwicklungsbedürfnisse der einzelnen Regionen. Insbesondere verhindert sie die heutige Machtstellung von Agrarkonzernen und deren unlautere Vertragsformen, die das Marktrisiko auf die Bauern abwälzen.

Agrarsektoren als Kern lokaler Wirtschaftskreisläufe

Position Lokalisierung: Landwirtschaft vor Industrie: Da die Nahrung immer noch aus der Erde kommt und lokal und regional erzeugt werden soll, kann Landwirtschaft nicht dem Industrie-Modell heutiger Prägung folgen. Dieses ist auf die Bedienung des Weltmarktes ausgerichtet. Die Kleinbauern müssen gestärkt werden. Sehr viel mehr Menschen als heute können Arbeit in der Landwirtschaft finden. Durch konsequente Förderung lokaler Nahrungssysteme wird die heutige globale Handelsform zurückgedrängt. Handel dient nur noch dem Verkauf von Überschüssen nach guten Ernten sowie dem Kauf bei Missernten. Agroindustrielle Produktionsformen werden unnötig. Nach einer Umverteilung des Landes findet Ressourcenmanagement basisdemokratisch nach Wunsch der betroffenen Gemeinschaft statt. Der Import auch lokal produzierbarer Agrarprodukte wird durch Zölle verhindert, und Arme erhalten ausgleichende Unterstützung bei ihrer Versorgung.

3.5 Geistiges Eigentum und Technologietransfer

Wissen hat zwei besondere Eigenschaften: Es wird durch Teilung nicht weniger, d.h. das Lesen derselben Internetseite, das Hören derselben Musik, das Verwenden desselben Rezeptes usw. ist davon unberührt, ob eine, zwei oder sehr viele Personen davon Gebrauch machen. Und Wissen ist komplementär, d.h. es kann umso einfacher neues Wissen aufgenommen oder geschaffen werden, je umfangreicher der bereits erworbene Wissensstand ist.[41]

Wissen teilen

Der gleichberechtigte Wissenszugang für Arme und Reiche, für Frauen und Männer ist zu gewährleisten. Die bildungsbezogenen Millenniumsziele sind dazu ein richtiger, aber nicht ausreichender Schritt. Die Verwirklichung gleicher Schulbildung für Frauen und Männer weltweit muss erste Priorität erhalten.

Dafür tritt Attac Deutschland kurzfristig ein:

- Der Vorstoß des EU-Ministerrates, Patente auf Software zu ermöglichen, muss gestoppt werden. Grundlage der entsprechenden EU-Richtlinie soll der (ursprüngliche) Entwurf des europäischen Parlamentes sein.

Dafür tritt Attac Deutschland langfristig ein:

- Das TRIPS (WTO-Abkommen über geistiges Eigentum, vgl. I.3.5) muss abgeschafft werden. Unter dem Deckmantel „geistiges Eigentum" sollen die Entwicklungschancen der Länder des Südens dauerhaft beschnitten und jeder Wissenstransfer blockiert werden.
- Zugleich öffnet das TRIPS Tür und Tor für die Aneignung von traditionellem und lokalem Wissen durch die TNK sowie die weitere Nutzung der sogenannten „grünen" Gentechnik mit der Patentmöglichkeit auf Gensequenzen. Wir wollen keine Patentierung von Gensequenzen, kein Patent auf Leben!

Keine Patente auf Leben

- Wir wollen kein Patent auf Saatgut! Die Rechte der Gemeinschaften auf ihre Ressourcen müssen geschützt und ausgebaut werden. Sie sollten in einer internationalen und durchsetzbaren Konvention verankert werden.
- Angleichungen von geistigem Eigentumsschutz, z.B. Patentrechte, können nur zwischen gleichartig strukturierten Volkswirtschaften angestrebt werden und sollten nicht Teil der multilateralen Wirtschaftsordnung sein. Wir lehnen Patente auf Software ab, insbesondere sogenannte Trivialpatente, da sie ausschließlich den Interessen der TNK dienen.
- Die Vision einer Wissensallmende meint einen gesicherten Bestand allgemein zugänglicher „Wissensgüter" als globalen öffentlichen Raum, in dem zum Woh-

le aller ausgetauscht und verknüpft werden kann, was der Einzelne an Wissen schafft.[42]

4. Für eine andere EU und faire Handelsverträge

4.1 Regionale Handelsblöcke und bilaterale Verträge

In den vorangehenden Abschnitten wurde aufgezeigt, wie Demokratie, Chancengleichheit und Geschlechtergerechtigkeit, Vielfalt, das Leitbild der Nachhaltigkeit und andere Ziele der menschlichen Entwicklung international verwirklicht werden können. Dies gilt in gleicher Weise für die Regionalblöcke wie die EU, eine mögliche Integration der beiden Amerikas und die entsprechenden Initiativen in Afrika und Asien. Ganz besonders gilt es für die bilateralen Handelsabkommen, bei denen übermächtige Länder wie die EU, USA oder Japan mit armen Partnern wie z.B. den AKP-Staaten verhandeln.

Dafür tritt Attac kurzfristig ein:

- Der Einfluss der Lobby der europäischen Konzerne auf Entscheidungen der EU-Kommission ist zurückzudrängen. Die internationale Öffentlichkeit, die nationalen Parlamente, das Europa-Parlament und die gemeinsame parlamentarische Versammlung von EU und AKP sind umfassend über den jeweiligen Stand der Verhandlungen zu informieren. Die Zivilgesellschaft in allen betroffenen Ländern muss an den Verhandlungen beteiligt werden.

  Wider den Lobbyismus

- Kein EU-AKP-Abkommen unter der neoliberalen Freihandelsagenda.

Dafür tritt Attac in langer Sicht ein:

- Kein Zwang zur Reziprozität bei Handelsabkommen. Die AKP-Staaten müssen ihre lokalen und regionalen Märkte schützen können.
- Die EU muss ihre Außenhandelspolitik insbesondere gegenüber den Entwicklungsländern grundlegend ändern. Wirtschaftsabkommen können sich nur dann „partnerschaftlich“ nennen, wenn sie die o.g. Prinzipien anwenden.
- Die AKP-Staaten benötigen politische Spielräume und Unterstützung zur Umsetzung eigener Strategien gegen Armut, Hunger und Umweltzerstörung.
- Regionale Integration sollte nach dem Vorbild z.B. des Diskussions- und Meinungsbildungsprozesses erfolgen, der von Alleanza Social Continental als Gegenstück zur FTAA unter dem Titel „Alternativen für Amerika“ ins Leben gerufen wurde. Ausschließlich solche Integrationsprozesse dürfen mit EU-Mitteln unterstützt werden.[43]

  Richtige Vergabe der EU-Mittel

4.2 Eine andere EU – sozial, ökologisch und antimilitaristisch

Trotz der unrühmlichen Rolle der EU bei der neoliberalen Umgestaltung Europas sehen wir ein vereintes Europa als eine große Herausforderung. Europa bietet einige günstige Voraussetzungen für eine Politik, die die entfesselten Kräfte des freien Marktes eindämmt: Es bildet einen wirtschaftlich relativ einheitlichen und nur in relativ geringem Maße von den Handelsbeziehungen zu anderen Kontinenten abhängigen Wirtschaftsraum.

Wir setzen uns für ein anderes Europa ein: Für eine Union, welche die Vorherrschaft demokratischer Willensbildungsprozesse über die Kräfte des Marktes wiederherstellt; dazu gehört die wirksame Kontrolle der EU-Handelspolitik durch die Parlamente der EU-Mitgliedstaaten und das EU-Parlament.

Wir fordern einen sofortigen Stopp der europaweiten Liberalisierung öffentlicher Dienstleistungen Die progressiven Ansätze im Bereich sozialer Standards und sozialen Ausgleichs müssen ausgebaut und verbessert werden.

Europa muss sich international für eine demokratische Kontrolle und eine Re-Regulierung der Finanzmärkte und für eine solidarische Weltwirtschaftsordnung einsetzen, ohne dabei selbst in Großmachtgehabe zu verfallen. Die EU muss das Projekt einer EU-Interventionstruppe zur Sicherung ihrer globalen Machtansprüche aufgeben zugunsten einer zivilen und präventiven Politik der Konfliktbewältigung.

Für eine solidarische Währungsordnung

Wir setzen uns für eine gründliche Umgestaltung der Währungsunion ein. Anstatt der einseitigen Fixierung auf die Preisstabilität muss die Zinspolitik der Europäischen Zentralbank in erster Linie der Bekämpfung von Erwerbslosigkeit und sozialer Ausgrenzung und dem ökologischen Wirtschaften verpflichtet sein.

Die Erzwingung weiterer Kürzungen der öffentlichen Ausgaben durch den sanktionsbewehrten Stabilitätspakt lehnen wir ab. [Diese Position zum Stabilitätspakt ist strittig; vgl. I.3.6] Statt dessen muss es einen europäischen Pakt für soziales und ökologisches Wirtschaften geben, mit dem sich die EU-Mitgliedstaaten quantifizierbar und verbindlich zur Senkung der Erwerbslosigkeit, zur Umverteilung zwischen Arm und Reich, zum Nord-Süd-Ausgleich und zu einer nachhaltigen Wirtschaftsentwicklung verpflichten.

Unterschiedliche Einschätzungen gibt es bei Attac über die Rolle des Euro:

> Position Globalisierung gerechter gestalten: Die währungspolitische Bedeutung des Euro muss genutzt werden, um die einseitige Ausrichtung des internationalen Finanz- und Währungssystems auf die Interessen der Kapitalanleger mit dem US-Dollar als Leitwährung zu beenden und wirtschaftlich schwächeren Ländern eine Neuausrichtung ihrer Währungspolitik zu ermöglichen. Europa muss auf eine Koordinierung der Wechselkurse zwischen Dollar, Euro und Yen hinarbeiten (vgl. III.5.2.1).

Steueroasen austrocknen, Tobinsteuer einführen

Steueroasen innerhalb der EU müssen sofort geschlossen werden –auch um ein Zeichen gegen anderen Steueroasen zu setzen (vgl. III.5.4). Weil fallende staatliche Einnahmen auch durch den unfairen Wettbewerb der gesamten Steuersysteme verursacht werden, muss es eine europaweite Mindestbesteuerung von Kapital- und Unternehmenserträgen geben. Zur Abschöpfung von Spekulationsgewinnen und zur Stabilisierung der internationalen Finanzmärkte fordern wir zudem, dass die EU eine Vorreiterrolle bei der weltweiten Durchsetzung einer „Tobin-Steuer "(siehe III.5.1.3) einnimmt, indem sie eine Steuer auf alle Transaktionen mit dem Euro einführt.

Für eine neue Agrarpolitik

Ziel der europäischen Agrarpolitik muss eine nachhaltige Entwicklung der Lebens- und Wirtschaftsweisen im ländlichen Raum sein. Exportsubventionen werden eingestellt; Fördermittel müssen zielgerichtet an die der Nachhaltigkeit verpflichtete, ökologische Landwirtschaft vergeben werden. Nur so können die gesellschaftlichen Anliegen wie die Gesundheit der Verbraucher, der Schutz von Böden, Grundwasser und Kulturlandschaften und das Wohl von Nutztieren mit einer gesicherten beruflichen Perspektive der Bäuerinnen und Bauern vereinbart werden.

5. Neuordnung der Währungs- und Finanzbeziehungen

5.1 Finanzbeziehungen

5.1.1 Entschuldung

Wir treten ein für ein neues Verfahren der Bewältigung von untragbaren Auslandsschulden. Zu diesem gehören eine unparteiische Entscheidungsfindung, ein Anhörungsrecht für alle Betroffenen und die Sicherstellung eines Existenzminimums für Staaten vor dem Zugriff der Gläubiger (Insolvenzrecht für Staaten).[44]

Dafür tritt Attac Deutschland kurzfristig ein

Schulden streichen

- Ausweitung des Kreises der Länder, die Zugang zu Entschuldung haben, über den willkürlich definierten Kreis der Hochverschuldeten Armen Länder (HIPC) hinaus.
- Ausweitung der durch die HIPC-Initiative nur unzureichend gewährleisteten Entschuldung der ärmsten Länder auf ein wirklich tragfähiges Maß. Orientierungsgröße bleibt dabei die Entschuldung Deutschlands im Jahr 1953 auf eine Schuldendienstquote von weniger als 5% der jährlichen Exporteinnahmen.

Dafür tritt Attac Deutschland langfristig ein:

- Reform der Konditionierung von Schuldenerlassen im Sinne einer umfassenden Abkehr vom traditionellen Konzept des Washington Consensus. Stärkung der Möglichkeiten der Betroffenen in den verschuldeten Ländern, wirtschaftliche Reformprogramme selbst zu entwickeln und die Verwendung der durch Entschuldung frei werdenden Mittel zu kontrollieren. Dabei ist auf die Anwendung des Gender-Mainstreaming-Prinzips zu achten.

Schuldner schützen

- Ersetzung der bisherigen, allein von den Gläubigern dominierten Entschuldungsverfahren im Pariser Club, Londoner Club und den Internationalen Finanzinstitutionen durch ein faires und transparentes Schiedsverfahren.
- Berücksichtigung der Legitimität bzw. Illegitimität von Gläubigeransprüchen im Internationalen Schuldenmanagement auf der Grundlage der Doktrin der „Verabscheuungswürdigen Schulden “(Odious Debts); Streichung von Forderungen, welche in einem fairen und transparenten Verfahren als illegitim identifiziert wurden.

5.1.2 Entwicklungsfinanzierung

Der seit langem beschlossene Anteil von 0,7% des BIP für Entwicklungshilfe muss endlich politische Praxis werden. Seit Beschluss dieser Quote haben die Industrienationen ihren Entwicklungshilfeansatz fortwährend nach unten bewegt auf z.Zt. ca. 0,23%.

Die weltweite –oder zunächst auch: europaweite –Einführung einer Tobin-Steuer könnte ein erhebliches Finanzvolumen realisieren (das Spahn-Gutachten nennt z.B. eine Summe von 17 Mrd. Euro, siehe unten), das für die Finanzierung von menschlicher Entwicklung bzw. Armutsbekämpfung in den Ländern des Südens eingesetzt werden soll.

Der Zugang zur Entwicklungsfinanzierung diskriminiert in vielen Ländern die Frauen. Deshalb ist einerseits von der Geberseite aus auf eine geschlechtsneutrale Aufteilung von Entwicklungsmitteln zu achten, andererseits sind solche Instrumente einzusetzen, welche Frauen gezielt zukommen können (z.B. Mikrofinanzierung).

Global Marshall Plan

Position Globalisierung gerechter gestalten: Derzeit ist für viele Entwicklungsländer die Verletzung sozialer und ökologischer Standards ihr einziger Vorteil

im weltweiten Konkurrenzkampf. Um die Umsetzung solcher Standards in Entwicklungsländern möglich zu machen, soll diesen eine Ko-Finanzierung angeboten werden, nach dem Vorbild des gleichnamigen EU-Instrumentes.

Als politisches Signal können Initiativen wie die Global-Marshall-Plan-Initiative gelten. Diese setzt sich für die Realisierung von Entwicklungshilfe, Ko-Finanzierung und Tobin-Steuer ein. Weiterhin wird beispielsweise eine Welthandelsabgabe, die Terra-Tax, genannt.[45]

Solidarität statt Imperialismus

Position Entglobalisierung/Lokalisierung: Die Global-Marshall-Plan-Initiative ist ein Versuch aus Wirtschaft, Politik und Nicht-Regierungsorganisationen, im Namen der Nord-Süd-Solidarität den globalen Machtanspruch der EU politisch und ökonomisch zu unterstützen. Ausdrücklich soll die Entwicklungsfinanzierung einen weltweiten Wachstumsschub auslösen, auch zum Nutzen der europäischen Exportländer.

Eine Entwicklungsstrategie, die in erster Linie auf eine eigenständige Entwicklung des Südens setzt statt auf europäisch-imperiale Machtansprüche, sollte sich an der Devise orientieren: „Weniger nehmen (im Sinne von ausbeuten) ist besser als mehr geben ".

5.1.3 Tobin-Steuer und Re-Regulierung

Devisenumsatzsteuer

Es ist allgemein bekannt, dass Attac für die weltweite Einführung der als Tobin-Steuer bekannten Devisenumsatzsteuer eintritt. Als Einzelinstrumente sind die Tobin-Steuer oder die Spahn-Steuer selbstverständlich unzureichend, die Probleme auf den internationalen Finanzmärkten zu lösen. Finanzkrisen oder gar die neoliberale Globalisierung lassen sich mit einer Devisenumsatzsteuer alleine nicht aufhalten. Wir betrachten die „Tobin-Steuer " vielmehr nur als einen Einstieg in die Re-Regulierung der internationalen Finanzmärkte.[46]

Die Liberalisierung der Währungs- (siehe nächster Abschnitt) und Finanzmärkte wirkt keineswegs geschlechtsneutral. Insbesondere die gehäuft auftretenden Finanzkrisen treffen Frauen überproportional, sei es durch Krisenabfederung durch unbezahlte, informelle Frauenarbeit, durch „Hausmädchenexport " oder durch Rückschläge bei der Gleichstellungspolitik.[47]

Dafür tritt Attac Deutschland kurzfristig ein:

- Die deutsche Politik soll eine europäische Gesetzesinitiative für eine europaweite Devisenumsatzsteuer einleiten.

Dafür tritt Attac Deutschland in langer Sicht ein:

Gegen Erpressung durch TNK

- Angesichts der Tatsache, dass nicht Geld, sondern Menschen arbeiten, ist ein Ziel von Attac, alle Instrumente zu verwirklichen, welche Renditeerwartungen von spekulativen Geschäften schwächen. Damit entfällt auch der erpresserische Hebel, den viele Unternehmen –i.d.R. TNK –gegenüber staatlichen Institutionen einsetzen.[48]
- Das Recht auf souveräne Steuerung des Zahlungs- und Kapitalverkehrs darf durch die Liberalisierung von Finanzdienstleistungen nicht eingeschränkt werden. Kein Land darf von IWF und Weltbank –oder demnächst: der WTO(!) – zur Finanz- oder Kapitalmarktliberalisierung gezwungen werden. Geschlechtsbezogene Auswirkungen eventueller Liberalisierungspolitiken sind im Vorhinein zu bestimmen und auszugleichen.
- Die Staaten müssen jederzeit das Recht ausüben können, sich vor unerwünschten Kapitalbewegungen zu schützen.

- Zur Grundlage der makroökonomischen Steuerung sollen alle Länder sogenannte Gender-sensible Budgets erarbeiten, in denen die Struktur des Staatshaushaltes und seine Veränderungen hinsichtlich der Auswirkungen auf verschiedene Gruppen und Klassen von Männern und Frauen erfasst und bewertet werden.[49]

Welche Gestalt für internationale Finanzmärkte?

Position Globalisierung gerechter gestalten: Ein reformierter IWF muss die Unterstützung der Liberalisierung von Kapitalmärkten aufgeben. Statt dessen soll die in der IWF-Satzung stehende Formulierung, „solche Kontrollen auszuüben, die notwendig sind, um internationale Kapitalbewegungen zu regulieren "(Art. IV, Abs. 3), zu einer zentralen Aufgabe werden.

Position Lokalisierung: Bei einer regional bzw. lokal ausgerichteten Wirtschaftsstruktur zirkuliert das Geld lokal (vgl. die entsprechende Position in III.5.2.1). Damit wird den virtuellen, spekulationsorientierten Produkten der internationalen Finanzmärkte der Boden entzogen; mit Austrocknen der internationalen Finanzströme verschwindet auch der Bedarf für eine anonyme Mammutbehörde zu deren Aufsicht oder Koordination.

5.2 Währungsbeziehungen

5.2.1 Wechselkurse stabilisieren

Das sogenannte Über- bzw. Unterschießen der Wechselkurse ist eines der schwerwiegendsten Probleme. Es wurde durch die Liberalisierung der Finanzmärkte verursacht, die praktisch unkontrollierte Währungstransaktionen und andere internationale Kurzfrist-Finanzgeschäfte ermöglicht. Eine Re-Regulierung kurzfristiger Finanzströme mit dem Ziel ihrer Eindämmung und Kontrolle ist deshalb dringend geboten (bis hin zur Möglichkeit von Kapitalverkehrskontrollen). Hierin ist ein wichtiger Hebel gegen die Währungsspekulation zu sehen. Kontrovers diskutiert wird bei Attac die Frage, ob die Kurse zwischen verschiedenen Währungen politisch festgelegt werden können:

Welches Wechselkursregime?

Position Wechselkursfestlegungen durch die öffentliche Hand: Wir treten für die Einführung von Wechselkurszielzonen zwischen den drei Hauptwährungen (Yen, Euro, Dollar) ein, die in der Verantwortung einer internationalen Organisation, z.B. eines IWF-Nachfolgers, geführt werden sollten.

Position Gegen Wechselkursfestlegungen durch die öffentliche Hand: Es gibt bisher keine praktische Lösung, wie Wechselkurse angemessen politisch festgelegt werden können. Es darf nicht verkannt werden, dass falsche Wechselkurspolitik eine der Ursachen von Finanzkrisen ist. So finanzierte der IWF oft Wechselkurse, die sich schließlich als unhaltbar erwiesen. Dadurch wurde Banken und Kapitaleignern „das Fluchttor aufgehalten "; während die Menschen dieser Länder anschließend einer umso schlimmeren Währungskrise überlassen wurden (das sogenannte Bail-Out). Festlegungen von Wechselkursen sind immer mit erheblichen Risiken verbunden; sie tragen oft zur Entstehung des Problems bei, das sie lösen sollen.[50]

Einen Ausweg aus der Wechselkursproblematik bieten grundsätzlich andere Geldarrangements. Einerseits fallen Wechselkurse durch die Einführung einer gemeinsamen Währung weg: Dafür sind die Währungsunionen west- und zentralafrikanischer Länder sowie der Euro ein Beispiel. Die entgegengesetzte Strategie setzt auf Lokalgeld:

Position Lokalisierung (Lokale Geldkreisläufe machen Währungstransaktionen teilweise überflüssig): Es kann nicht wegdiskutiert werden, dass die Geld-

und Währungsstrukturen nicht alleinige, aber wesentliche Ursache diverser gravierender Missstände sind. Eine Re-Regulierung der entfesselten Kapitalmärkte allein reicht nicht aus. Deshalb müssen Forderungen nach alternativen (komplementären) Geldsystemen, die Tauschgerechtigkeit ermöglichen, erhoben werden. Konkrete Schritte sind vor Ort möglich; angefangen vom eigenen Anlageverhalten (langfristige Aktien- und Geldanlage, zinslose Geldanlagen) bis hin zur Einführung komplementärer lokaler und regionaler Währungen sowie Tauschringen und Spar- und Leihgemeinschaften tut sich hier ein breites Feld möglicher Betätigungen auf. Entsprechende Initiativen (etwa Regiogeld-Systeme wie der Chiemgauer) sind zu unterstützen.[51]

5.2.2 Leistungsbilanzausgleich und Geldpolitik

Leitwährung

Z.Zt. wird die Aufgabe des Zahlungsbilanzausgleichs einseitig den Schuldnerländern aufgebürdet. Dem könnte eine solidarische Leitwährung entgegen wirken, die nicht zugleich nationale Währung wäre. Sie müsste so konzipiert werden, dass sie nicht nur Verrechnungseinheit bleibt, sondern auch auf den Ausgleich internationaler Leistungsbilanzen und mehr Gerechtigkeit im internationalen Handel hinwirken würde. Eine Währung mit Demurrage (siehe unten) wäre ein Mechanismus, der auch die Gläubigerländer in die Verantwortung nimmt. Die Form des Leistungsbilanzausgleiches steht in Wechselwirkung mit der jeweiligen Geldpolitik: Diese darf nicht einseitig festgelegt, sondern muss gesellschaftlich eingebunden sein.[52]

Dafür tritt Attac Deutschland kurzfristig ein:

- Eine Abkehr von monetaristischen Geldpolitiken ist eine wichtige Bedingung für Entwicklung.
- Wir setzen uns für eine gründliche Umgestaltung der europäischen Währungsunion ein. Anstatt der einseitigen Fixierung auf die Preisstabilität muss die Zinspolitik der Zentralbank in erster Linie der Bekämpfung von Erwerbslosigkeit und sozialer Ausgrenzung sowie dem ökologischen Wirtschaften verpflichtet sein.

Dafür tritt Attac Deutschland in langer Sicht ein:

Demurrage

- Es bedarf einer demokratischen globalen Institution, die für eine eigenständige Leitwährung eine Geldpolitik verfolgt, die an Wachstum und Beschäftigung, v.a. in Entwicklungsländern, orientiert ist und im Fall von Finanzkrisen internationale Liquidität zur Verfügung stellen kann. Eine solche „Clearing-Bank“ müsste für jedes Land ein Konto führen, dass bis zu einem bestimmten Anteil seines Außenhandelsvolumens überzogen werden darf. Wird diese Grenze überschritten, fallen progressiv steigende Zinsen an, sowie bei festen Wechselkursen eine Abwertung der Währung. Ebenso wird Ländern, die über ein bestimmtes Volumen hinaus Guthaben ansammeln, ein Zins abgezogen (es gibt also einen Negativzins auf die Guthaben) – das ist die sogenannte „Demurrage“ – bei festen Wechselkursen erfolgt eine Aufwertung der Währung. Durch Demurrage kann eine Währung nicht als Vermögensspeicher verwendet werden, es bestehen beständige Handelsanreize für alle Beteiligten.
- Gleichzeitig sollten internationale Kredite, wenn überhaupt, nur noch zu festen oder mindestens mittelfristig kalkulierbaren Zinssätzen vergeben werden.

5.3 Internationale Organisationen und Institutionen

Für einen zukunftsfähigen Entwicklungspfad ist eine internationale, öffentliche Entwicklungsbank erstrebenswert, die als Finanzier auftritt für Projekte und Programme, die vor Ort entwickelt werden. Auch kann eine internationale Organisati-

on zur Unterstützung einer makroökonomischen Steuerung (z.B. bei Zahlungsbilanzproblemen) sinnvoll sein, die plurale Wirtschafts- und Gesellschaftskonzepte fördert, welche in partizipativen Verfahren entwickelt werden.

Damit internationale Organisationen und Institutionen zur Zukunftsfähigkeit beitragen, muss das neoliberale Leitbild überwunden werden, dem IWF und Weltbank heute verpflichtet sind.

Dafür tritt Attac kurzfristig ein:

- Die ordnungspolitische Beeinflussung von Entwicklungsländern durch internationale (Finanz-)Organisationen muss abgestellt werden.
- Der Basler Akkord (Basel II) des kaum bekannten Financial Stability Forum muss unter stabilitäts- und entwicklungspolitischen Gesichtspunkten überprüft werden. Basel II zielt auf die internationale Handelbarkeit (Verbriefung) von Krediten und wird u.a. die Banken zu kurzfristiger statt langfristiger Kreditvergabe verleiten. Im Krisenfall bergen aber gerade hohe, kurzfristige Kreditschulden enorme systemische Risiken. Entwicklungsländer sind im Basler Komitee nicht vertreten, wiewohl sie von den Auswirkungen betroffen sein werden.[53]

Können IWF und Weltbank reformiert werden?

Position Globalisierung gerechter gestalten: Eine Reform wird verfolgt, nach der Weltbank und IWF die o.g. Aufgaben übernehmen können. Zentraler Ansatz hierfür sind interne demokratische Strukturen. Dazu bedarf es einer Neuordnung der Stimmrechte, die zwar die ökonomische Dimension eines Landes berücksichtigt, aber auch Bevölkerungszahl, menschliche Entwicklung u.ä. Neben den Regierungen sind die Zivilgesellschaften zu beteiligen. Ein derart reformierter Fonds könnte auch wieder Verantwortung bei der Koordination der Währungspolitik, der Kapitalverkehrsregulierung und der Krisenprävention (Liquiditätsprobleme) und Krisenbekämpfung übertragen bekommen.

Position Entglobalisierung: Anstelle einer Stärkung von IWF und Weltbank durch Reformbemühungen wird eine Strategie der Entmachtung oder Abschaffung von IWF und Weltbank zugunsten regionaler Regulierung und Kontrolle der Finanzmärkte verfolgt. Grundlage der regionalisierten Finanzordnungen soll die demokratische Kontrolle durch die jeweiligen Bevölkerungen sein. Als Alternative zu IWF und Weltbank wird der Aufbau entsprechender internationaler Regionalorganisationen angestrebt, die miteinander kooperieren.

5.4 Steuerpolitik

Kapital besteuern

Für eine gleichmäßige Beteiligung der Kapitaleinkommen an den öffentlichen Aufgaben ist eine grundlegende Bekämpfung der Steuerflucht erforderlich. Kernpunkt ist die internationale Durchsetzung des Wohnsitzprinzips bei der Besteuerung von Kapitaleinkünften, zunächst innerhalb der EU in Kooperation mit den USA. Die Steueroasen müssen und können mit einfachen Mitteln unter Druck gesetzt werden, sich diesen Standards anzuschließen. Gleiches gilt für Regeln im Bereich Geldwäsche und Standards der Finanzmarktaufsicht.[54]

Ein anderer wesentlicher Punkt ist die Einführung einer weltweit einheitlichen Gewinnsteuer, um die Erpressbarkeit von Regierungen zu verringern und Buchungstricks wie Firmensitzverschiebungen in andere Länder oder Übertragungen von Gewinnen auf Tochtergesellschaften sinnlos zu machen.

6. Strategien und Bündnisse auf dem Wege zu einer Alternativen Weltwirtschaftsordnung

Das Netzwerk Attac als Teil der globalen sozialen Bewegungen benötigt geeignete Strategien und Bündnisse, um seine Anliegen voranzutreiben. Gleichwohl soll mit diesem Positionspapier nicht suggeriert werden, dass wir den richtigen Weg wüssten.

Orientierungswissen, kein Programm

Es ist keinesfalls ein fixes, lediglich der Umsetzung harrendes Programm. Vielmehr stellt das Positionspapier wichtiges Orientierungswissen dar. Es wäre kontraproduktiv, Wege zu sehr festzulegen. Denn das für soziale Bewegungen gerade in diesen scheinbar alternativlosen Zeiten wichtige Öffnen von Denk- und Handlungsräume findet in sehr vielfältiger Form statt. „Fragend gehen wir voran "(preguntando caminamos) sagen die mexikanischen Zapatistas, was gerade nicht Beliebigkeit, sondern Offenheit, strategische Klugheit und die permanente Suche der Ausweitung von Bündnissen bedeutet.

Beim gegenwärtigen Zustand der parlamentarischen Systeme und großer Teile der Massenmedien können solche kohärente Alternativen ausschließlich durch breite Koalitionen von sozialen Bewegungen außerhalb des Parlaments zur Diskussion gestellt werden. Diese Bewegungen können sich auf die Massenbewegungen gegen den Krieg, auf die Bewegung gegen den Sozialabbau, auf die Umweltbewegung, aber auch auf die entwicklungspolitischen Netzwerke, auf die Gewerkschaften und nicht zuletzt auf den ökumenischen Prozess stützen, indem sie die kritischen Analysen dieser Bewegungen vertiefen und erweitern und praktisch an Aktionsformen anknüpfen, die sich in den letzten Jahren wieder herausgebildet haben.[55]

Soziale Bewegungen

Die Notwendigkeit von Alternativen steht außer Frage. Die sozialen Bewegungen, Zivilgesellschaften und die globalisierungskritischen Organisationen müssen sich für eine andere Welt –und das heißt auch: für eine andere Lebensweise –einsetzen und dafür kämpfen. Dazu gehören der Aufbau und die Vernetzung von Selbstorganisationen, z.B. Kooperativen, die neue Wirtschaftsformen erproben. Daraus entwickelt sich die Unterscheidung von Produktiv- und Destruktivkräften. Diese Kriterien können die Basis für eine Beurteilung kapitalistischer Produktionsstätten und den daraus abzuleitenden notwendigen Umbau- bzw. Rückbauprozessen sein.

Vier Aspekte sind in diesem Zusammenhang entscheidend, die wiederum in die Entwicklung spezifischer Strategien, Organisierungsprozesse und Bündnisse einfließen müssen:

- Eine zentrale Bedingung von emanzipativen Bewegungen liegt darin, sich in permanenten Diskussion- und Klärungsprozessen der eigenen politischen Wirkungen, inhaltlichen Positionen und (eigener wie gegnerischer) Strategien zu vergewissern.
- Das Verhältnis von Kritik und Handeln ist kein dichotomisches (hier die Kritiker, dort diejenigen, die etwas verändern), sondern kritische Analyse ist integraler Bestandteil von kritisch-emanzipativem Handeln. Insbesondere kann damit vor der Illusion bewahrt werden, dass die gewünschten, dringend notwendigen und weitreichenden gesellschaftlichen Veränderungen auf einem klaren Weg umsetzbar wären.
- Wie es Kolleginnen und Kollegen von Attac Frankreich treffend ausdrücken, geht es unter anderem darum, sich nicht zu oft auf die institutionellen und diskursiven Terrains der Gegner zu begeben. Denn die herrschenden Sichtweisen und die veröffentlichte Meinung geben sehr stark vor, welche politischen Formen und Inhalte als plausibel und vernünftig angesehen werden. So ist die herr-

Alltag

schende Aufspaltung in die große staatliche Politik und die kleine im Alltag eher ein Problem für emanzipative Veränderungen. Emanzipative Veränderungen bedeuten auch, Alltag zu verändern, andere Praktiken auszuprobieren, sich der alltäglichen Durchsetzung des Neoliberalismus in den vielfältigen Institutionen zu widersetzen.

- Eine Gefahr der aktuellen Entwicklungen besteht darin, Markt und Staat als eine Art Nullsummenspiel zu verstehen. Eine weit verbreitete Annahme lautet: Bedeutete die neoliberal-kapitalistische Globalisierung die Stärkung der Marktkräfte, so müsse nun wieder der Staat an Einfluss gewinnen, um die sozioökonomischen Entwicklungen politisch zu gestalten. So wichtig eine Zurückdrängung von Kapitalinteressen ist, so sehr droht ausgeblendet zu werden, dass staatliche Politik selbst ganz wesentlich an den von den jüngsten Bewegungen kritisierten Entwicklungen beteiligt ist und sie mitunter aktiv voran getrieben hat. Nun wäre es unsinnig, die dominanten politischen und medialen Mechanismen unberücksichtigt zu lassen. Doch müssen die Ambivalenzen klar sein. Es muss immer wieder eine kritische Reflexion darüber geben, inwieweit man dazu gebracht wird, sich zu sehr auf Vorgaben der anderen Seite einzulassen.

Eine andere Welt ist möglich!

1 # Anmerkungen

Kapitel I

[1] Zahlen nach Duwendag, D. 2003. „Globalisierung in ökonomischer Perspektive. “S. 119-135 in: Schmidt, O. (Hrsg.), Die neuen Kommandohöhen. VWF, Berlin; zu Unternehmenszusammenschlüssen vgl. Deutscher Bundestag (Hrsg.) 2002. Globalisierung der Weltwirtschaft: Schlussbericht der Enquete-Kommission. Leske & Budrich, Leverkusen (im Internet unter http://dip.bundestag.de/btd/14/092/1409200.pdf), S. 160.

[2] „Keynesianismus “meint jene Wirtschaftstheorie, welche den Markt als stabilisierungsbedürftig durch den Staat ansieht; daraus leitet sich unter anderem die Idee einer staatlichen Konjunkturpolitik ab, welche Konjunkturschwankungen entgegen wirkt (sogenannte Antizyklik) und so einen stetigen Wachstumspfad ermöglicht. Im Gegensatz dazu glauben die Liberalen, dass der Staat durch seine Eingriffe den Markt destabilisiere; daraus leiten sie unter anderem die Idee einer unabhängigen Zentralbank ab mit einem einzigen (langfristigen) Ziel, Inflation zu verhindern (dies wird als monetaristische Position bezeichnet und geht auf Milton Friedman zurück). Hintergrundliteratur beispielsweise Stanislaw, J. und Yergin, D. 1999. Staat oder Markt – die Schlüsselfrage unseres Jahrhunderts. Campus, Frankfurt/Main.

[3] Vgl. z.B. http://www.worldbank.org/research/povmonitor/; zum abnehmenden Fortschritt in den Jahren 1980-2000 siehe http://www.attac.org/fra/toil/doc/cepr05.htm.

[4] Zahlenangaben nach Krämer, G. 1997. Entwicklungsland Deutschland: Umkehr zu einer global zukunftsfähigen Entwicklung. Ein Schaubilderbuch. Hammer, Wuppertal.

[5] Vgl. z.B. Sassen, S. 2004. „Die Kriminalisierung von Migranten. “Blätter für deutsche und internationale Politik 8/04: 957-964.

[6] Chang, H.-J. 2003. „Was der Freihandel mit einer umgestoßenen Leiter zu tun hat. “Le Monde diplomatique 7077: 12-13.

[7] Vgl. z.B. Daly, H.E. 1993. „The perils of free trade. “Scientific American (November): 24-29.

[8] Die OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) ist der „Club “der westlichen Industrieländer. Die OECD gibt regelmäßig die Wirtschaftsdaten ihrer Mitglieder heraus, formuliert wirtschaftspolitische (in aller Regel neoliberale) Empfehlungen und entwickelt Standards für viele Bereiche (z.B. Verhaltenskodices für Unternehmen). Seit den 1990er Jahren gehören auch Mexiko, Süd-Korea sowie einige osteuropäische Staaten dazu, insgesamt hat die OECD 30 Mitglieder.

[9] Die AKP-Staaten sind diejenigen Staaten in Afrika, in der Karibik und im Pazifik, die ab dem 1976 in Kraft getretenen Lomé-Abkommen der EU gegen Finanzhilfe zollfreien Zugang zum gemeinsamen Markt gewähren.

[10] Die Bolkestein-Richtlinie ist nach dem niederländischen Binnenmarktkommissar benannt und wurde 2004 in den europäischen Gesetzgebungsprozess eingebracht. Sie zielt auf eine weitgehende Liberalisierung und Privatisierung auch öffentlicher Dienstleistungen. Das „Grünbuch Dienstleistungen von allgemeinem Interesse “kann als Vorläufer dieser Richtlinie gelten (Grünbücher sind eine Art Vorstufe zum offiziellen Gesetzgebungsverfahren) – danach sollten nur noch einige wenige Bereiche (Justizverwaltung u.ä.) als öffentliche Dienstleistungen gelten. Es war auf massiven Widerstand im europäischen Parlament gestoßen. Vgl. Fritz, T. 2004. „Auf dem Weg zur Sonderwirtschaftszone – die Dienstleistungsrichtlinie der EU. “ Blue-Arbeitspapier Nr. 21 unter http://www.blue21.de/Fritz-vs-Bolkestein.pdf.

[11] Zahlen nach http://www.gesamtmetall.de/, Lexikon, Stichwort „Devisenhandel “.

[12] Zum Verhältnis von Realzins und realer BIP-Wachstumsrate vgl. etwa Deutscher Bundestag, a.a.O., S. 69-73. Zur Vermögensverteilung in Deutschland vgl. beispielsweise http://www.zeit.de/2004/34/E-Verteilung.

[13] Das Zitat ist entnommen aus Susan Georges Aufsatz unter http://www.tni.org/archives/george/alegre-g.htm.

[14] Der „Washington Consensus" beschreibt eine Anfang der 1980er Jahre von neoliberalen Ökonomen entwickelte Leitlinie, nach der die Programme des IWF und der Weltbank ausgerichtet wurden. Dazu gehören u.a. Marktöffnungen, Privatisierung, ausgeglichene Staatshaushalte und gesichertes Privateigentum. Diese werden allen kreditnehmenden Ländern gleichsam als Blaupause ohne Ansehen der jeweiligen spezifischen Verhältnisse aufgezwungen. Vgl. UNDP 2003. Making Global Trade Work for People. Earthscan, New York, S. 35 und Stiglitz, J. 2002. Die Schatten der Globalisierung. Siedler, Berlin, S. 70ff.

[15] Zu den G8 gehören die USA, Kanada, Großbritannien, Frankreich, Deutschland, Italien, Japan sowie Russland.

Kapitel II

[16] http://www.unep.org/Documents/Default.asp?DocumentID=78&ArticleID=1163; Sachs, W. 2002. „Ökologie – die Achillesferse der Globalisierung." Natur und Kultur 3(2): 95-111.

[17] http://www.rprogress.org/; Costanza, R., Cumberland, J., Daly, H.E., Goodland, R. und Norgaard, R. 2001. Einführung in die ökologische Ökonomik. Lucius & Lucius, Stuttgart, S. 133ff.; Daly, H.E. und Cobb, J. 1989. For the common good: Redirecting the economy toward community, the environment, and a sustainable future. Beacon Press, Boston, S. 401ff.; Daly, H. 2001. „Unwirtschaftliches Wachstum in einer vollen Welt." Natur und Kultur 2(2): 3-22.

[18] Daly, H.E. 1993. „The steady-state economy: Toward a political economy of biophysical equilibrium and moral growth." S. 325-363 in: Daly, H.E. und Townsend, K.N. (Hrsg.), Valuing the earth: economics, ecology, ethics. MIT Press, Cambridge/London; Daly, H.E. 1993. „Sustainable growth: an impossibility theorem." S. 267-273 in: Daly und Townsend, a.a.O.; Holdren, J. und Ehrlich, P.R. 1974. „Human population and the global environment." American Scientist 62: 282-292; Costanza et al., a.a.O., S. 16; Bongaarts, J. 1994. „Population policy options in the developing world." Science 263: 771-776.

[19] Binswanger, M. 2001. „Technological progress and sustainable development: what about the rebound effect?" Ecological economics 36: 119-132; Costanza et al., a.a.O., S. 18f.; Schauer, T. 2002. „Der reale Ressourcenhunger der virtuellen Ökonomie." Natur und Kultur 3(1): 73-89; Wackernagel, M. und Giljum, S. 2001. „Der Import von ökologischer Kapazität: Globaler Handel und die Akkumulation von ökologischen Schulden." Natur und Kultur 2(1): 33-54.

[20] Das International Forum on Globalization (IFG) führt unter dieser Überschrift zehn Punkte an: Neue Demokratie, Subsidiarität, Gemeinsames Erbe, Vielfalt, Menschenrechte, Lebensunterhalt und Arbeitsplätze, Sichere Versorgung mit gesundheitlich unbedenklichen Nahrungsmitteln, Chancengleichheit, das Vorsorgeprinzip, das Nachhaltigkeitsprinzip. Der Text der nachfolgenden Abschnitte (II.1.2.1 bis II.1.2.5) ist teilweise dem Zwischenbericht des IFG, Mander, J. und Cavanough, J. (Hrsg.) 2003. Eine andere Welt ist möglich. Riemann, München, S. 97-131, entnommen.

[21] Vgl. Biesecker, A. und Kesting, S. 2003. Mikroökonomik: eine Einführung aus sozialökologischer Perspektive. Oldenbourg, München.

[22] Vgl. dazu den Beitrag der Attac-AG Arbeit in Würde unter http://www.attac.de/awwo/weitere-texte/040925ag-arbeit-in-wuerde.htm.

[23] Im Zusammenhang mit der Frage der Aneignung von Herrschafts- und Eigentumsverhältnissen vgl. dazu aus antikapitalistischer Sicht Fritz, T. 2004. „Der Kaiser ist nackt! Perspektiven der globalisierungskritischen Bewegung." S. 147-159 in: Biesecker, A., Büscher, M., Sauer, T. und Stratmann-Mertens, E. (Hrsg.), Alternative Weltwirtschaftsordnung. Perspektiven nach Cancún. VSA, Hamburg.

[24] Vgl. zur Subsidiaritätsproblematik aus Sicht eines globalen Keynesianismus Sauer, T. 2004. „Globaler Keynesianismus versus Deglobalisierung? Makroökonomische und normative Grundlagen alternativer Weltwirtschaftsordnungen." S. 53-69 in: Biesecker et al., a.a.O., v.a. S. 66f.

[25] „Beggar-thy-neighbour "(„bring deinen Nachbarn an den Bettelstab ") meint eine Politik, die auf Exporterlöse durch Abwertung der eigenen Währung zielt. Die Währungsabwertung macht die eigenen Produkte künstlich billiger als jene aus anderen Ländern (deren Währung ja vice versa aufgewertet wird). Eine solche Politik führt regelmäßig zu Abwertungswettläufen, die am Ende alle an den Bettelstab bringen. Vgl. etwa Stiglitz, a.a.O., S. 128-130.

[26] Zum Thema Verwirklichungschancen vgl. Sen, A.K. 2000. Ökonomie für den Menschen: Wege zu Gerechtigkeit und Solidarität in der Marktwirtschaft. Dtv, München.

[27] Detaillierte Ausführungen zu den angesprochenen Planungsmethoden finden sich in: Stratmann-Mertens, E. 1991. „Rahmenplanung in einer ökologisch-sozialen Wirtschaft. "S. 177-200 in: Stratmann-Mertens, E., Hickel, R, und Priewe, J. (Hrsg.), Wachstum. Abschied von einem Dogma. Kontroverse über eine ökologisch-soziale Wirtschaftspolitik. Fischer, Frankfurt / Main.

[28] Zu „Participatory Economics "vgl. Albert, M. 2004. Parecon. Trotzdem Verlagsgenossenschaft, Grafenau sowie http: / / www.parecon.org / . Ähnliche Vorstellungen entwickeln Callinicos, A. 2003. Ein Anti-Kapitalistisches Manifest. VSA, Hamburg mit seinem Konzept der demokratischen Planwirtschaft und Sarkar, S. 2001. Die nachhaltige Gesellschaft: eine kritische Analyse der Systemalternativen. Rotpunktverlag, Zürich mit seinem Konzept des Öko-Sozialismus. Siehe außerdem Mandel, E. 2000. Zur Verteidigung der sozialistischen Planwirtschaft. Revolutionär Sozialistischer Bund, Mannheim 2000 und Alfred Müllers Aufsatz „Sozialismus wohin? " unter http: / / www.attac.de / awwo / weitere-texte / 040611alfred-mueller.rtf.

[29] Vgl. Oekonux-Projekt (http: / / www.oekonux.de /); http: / / www.attac-bremen.de / material / DemokratischesWirtschaften.pdf; Gorz, A. 2004. Wissen, Wert und Kapital: zur Kritik der Wissensökonomie. Rotpunktverlag, Zürich; Trenkle, N. 1996. Weltgesellschaft ohne Geld. Krisis 18 (http: / / www.krisis.org / n-trenkle_weltgesellschaft-ohne-geld_krisis18_1996.html).

Kapitel III

[30] Zur Lissabonstrategie vgl. z.B. http: / / www.bundesregierung.de / Artikel / ,-628255 / dokument.htm.

[31] Vgl. auch die Attac-Erklärung, beschlossen im Mai 2002 auf dem Attac-Ratschlag in Frankfurt / Main (http: / / www.attac.de / erklaerung / erklaerung.php).

[32] Siehe dazu http: / / www.mitbestimmung.info / bzw. zum Mikrokapital http: / / www.attac.de / awwo / weitere-texte / 040218ak-konzernentmachtung.htm.

[33] Dieses Management-System wurde im Jahre 2000 mit dem von der EFQM (European Foundation for Quality Management) vergebenen Preis für exzellente Führung ausgezeichnet und war derzeit einmalig in der Unternehmenswelt.

[34] Siehe dazu http: / / www.attac.de / awwo / weitere-texte / 040611alfred-mueller.rtf und http: / / www.attac.de / bremen / material / AWWO-Position04-03-27.pdf.

[35] ILO: Internationale Arbeitsorganisation; UNEP: Umweltprogramm der Vereinten Nationen (VN); UNDP: Entwicklungsprogramm der VN; UNCTAD: VN-Komitee für Handel und Entwicklung.

[36] Die Formulierung stammt von Truong, zitiert nach Wichterich, C. 2003. Femme global: Globalisierung ist nicht geschlechtsneutral. Attac-Basis-Texte Nr. 7. VSA, Hamburg, S. 19.

[37] Hermes-Bürgschaften sind Ausfuhrgewährleistungen der deutschen Bundesregierung. Sie schützen deutsche Exporteure vor Verlusten durch ausbleibende Zahlungen ihrer ausländischen Geschäftspartner: Zahlt der ausländische Abnehmer nicht, springt der deutsche Staat ein.

[38] Die Terms of Trade sind als Maß für den Vorteil, den ein Land aus dem Außenhandel zieht, im einfachsten Fall das Verhältnis der gewogenen Preisindizes der Import- und Exportgüter eines Landes. Bei Sinken der Terms of Trade muss das betreffende Land mehr exportieren, um damit den gleichen Import finanzieren zu können.

[39] Zur „neuen internationalen Arbeitsteilung zwischen Frauen “ vgl. beispielsweise Deutscher Bundestag, a.a.O., S. 315 sowie Wichterich, a.a.O., S. 57ff.

[40] Vgl. Wichterich, a.a.O., S. 17.

[41] Vgl. beispielsweise Schmidt, O. 2003. „Das Ende der Politik? –Die Globalisierung, das Wissen und die öffentliche Aufgabe. “S. 29-40 in: Schmidt, a.a.O.

[42] Die Allmende war die öffentliche Dorfwiese, auf der jede Familie des Dorfes ihr Vieh weiden lassen konnte. Dies konnte zu einer Überweidung oder gar Zerstörung der Allmende führen, wenn jeder möglichst viel Vieh auf diese Weide trieb (sogenannte „tragedy of the commons “). Daraus leiten viele die Forderung nach Privateigentum ab. Ein anderer Blickwinkel zeigt jedoch: Allmenden werden dann erfolgreich bewirtschaftet, wenn es dafür gemeinsame Regeln gibt. Ob das Eigentum privat oder kollektiv ist, spielt dabei gar keine Rolle. Ausgangspunkt der Debatte war Hardin, G. 1968. „The tragedy of the commons. “Science 162: 1243-1248.

[43] Vgl. http://www.boell.de/downloads/global/AlternativasAmericas.pdf.

[44] Weitergehende Informationen etwa in den Schuldenreporten von WEED, http://www.weed-online.org/, oder unter http://www.erlassjahr.de/.

[45] Vgl. dazu Susan George unter http://www.tni.org/archives/george/clusters.htm.

[46] Vgl. http://www.wiwi.uni-frankfurt.de/professoren/spahn/tobintax/Tobinsteuer.pdf. Weiterführende Texte zur Tobin-Steuer finden sich unter http://www.attac.de/archiv/index.php#tobin.

[47] Vgl. Deutscher Bundestag, a.a.O., S. 79 und S. 113.

[48] Vgl. dazu beispielsweise Von Weizsäcker, E.U. 2003. „Zur Herausforderung des öffentlichen Lebens durch Globalisierung. “S. 41-52 in: Schmidt, a.a.O, S. 42-45.

[49] Siehe Deutscher Bundestag, a.a.O., S. 89 und S. 105f.

[50] Vgl. beispielsweise Stiglitz, a.a.O., Kapitel 4.

[51] Vgl. http://www.regiogeld.de/.

[52] Die Leistungsbilanz führt die Exporte und Importe von Waren und Dienstleistungen, grenzüberschreitenden Erwerbs- und Vermögenseinkommen und -übertragungen sowie Entwicklungshilfe und Beiträge für internationale Organisationen. Zur Demurrage vgl. beispielhaft Brunnhuber, S. und Klimenta, H. 2003. Wie wir wirtschaften werden: Szenarien und Gestaltungsmöglichkeiten für zukunftsfähige Finanzmärkte. Ueberreuter, Frankfurt/Main. Eine Kurzfassung findet sich unter http://www.attac.de/awwo/weitere-texte/SustainableFinance1.doc.

[53] Das Financial Stability Forum ist ein Netzwerk von Zentralbanken, Ministerien und Finanzmarktaufsichtsbehörden großer Industrieländer sowie internationaler Organisationen wie dem IWF. Es arbeitet eng mit den Verbänden der privaten Banken und Finanzdienstleister zusammen.

[54] Vgl. dazu Giegold, S. 2003. Steueroasen: trockenlegen!: die verborgenen Billionen für Entwicklung und soziale Gerechtigkeit heranziehen. Attac-Basis-Texte Nr. 4. VSA, Hamburg.

[55] Für die Motivation von vielen bei Attac aktiven Gruppen und Einzelpersonen spielt ihr Engagement im „Ökumenischen Prozess für Friede, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung “(„Konziliarer Prozess “) eine erhebliche Rolle. In diesem bei der Vollversammlung des Ökumenischen Rates in Vancouver 1983 initiierten Großprojekt bildete das Thema „Wirtschaftliche Gerechtigkeit “ständig einen zentralen Schwerpunkt. Eine wichtige Station auf dem kirchlichen „Weg der Gerechtigkeit “ war auch das „Europäische Kairos-Dokument “von 1998 mit seinem Aufruf „zur Bündnisbildung für die Befreiung vom Diktat der deregulierten globalisierten Wirtschaft und ihrer Konkurrenzkultur “. Von ganz aktueller Bedeutung in diesem Zusammenhang wurde schließlich der von der „Konsultation westeuropäischer Kirchen “2002 an diese Kirchen gerichtete Brief mit der Aufforderung: „Um der Integrität ihrer Gemeinschaft und ihres Zeugnisses willen sind Kirchen aufgerufen, gegen die neoliberale Wirtschaftslehre und -praxis aufzutreten und Gott zu folgen. “Dementsprechend schrieb im April 2004 die bundesweite Konferenz „Wirtschaft(en) im Dienst des Lebens “: „Wir bitten die ACK (Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen) dringend, auf deut-

scher und europäischer Ebene einen breiten Konsultationsprozess auf biblischer Grundlage zur Lebensfrage der globalen sozialen und ökologischen Gerechtigkeit einzuleiten. " Vgl. dazu Duchrow, U. 1994. Alternativen zur kapitalistischen Weltwirtschaft. Biblische Erinnerung und politische Ansätze zur Überwindung einer lebensbedrohenden Ökonomie. Gütersloher Verlagshaus, Gütersloh; Schmitthenner, U. 1998. Der konziliare Prozeß: gemeinsam für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung. Meinhardt, Idstein.